

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährlich: Bei Vorzahlung von den Postabhebern 1 M., monatlich 30 Pf.; durch die Postträger mit die Post bezogen 1,20 M., durch den Postboten ins Haus 1,62 M., Einzelnummern 5 Pf.
Erscheint wöchentlich 6 mal vormittags halb 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage nach den Sonntagen; in den Ausgabestellen am Tage vorher abends 8 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modebeilage.
4seitige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Zeile oder deren Raum f. Stadt u. Kreis Merseburg 10 Pf., außerhalb 15 Pf. Kleinste Anzeigen 25 Pf. Resten pro Seite 20 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt. Anzeigen werden von unserer Geschäftsstelle sowie sämtlichen Anzeigebüros entgegengenommen.
Nachdruck unserer Originalberichte nur mit Quellenangabe gestattet.
Für unpermanente Einblendungen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 44

Donnerstag den 21. Februar 1907.

33. Jahrg.

Die Eröffnung des Reichstags.

Der Kaiser hat am Dienstag vormittag im Weißen Saal des kgl. Schlosses den Reichstag persönlich eröffnet, indem er folgende Thronrede verlas:

Geehrte Herren!
Im Namen meiner hohen Verbündeten heiße ich den neu-gewählten Reichstag willkommen.

Aufmerksam zur Entscheidung über einen Zweifelpunkt zwischen den verbündeten Regierungen und dem Reich hat der vorige Reichstag das deutsche Volk beauftragt, daß es für und Gut der Nation ohne kleinlichen Parteilichkeit treu und fest gebietet werden soll. In solcher, Bürger, Bauern und Arbeiter einigenden Kraft des Nationalgefühls haben die Vaterlands-Gesinde wohl geborgen. Wie ich alle verfassungsmäßigen Rechte und Befugnisse gewissenshaft zu achten gemittelt bin, so belege ich zu dem neuen Reichstage das Vertrauen, daß er es als seine höchste Pflicht erkenne, unter den Kulturvölkern verständnisvoll und taubertreu zu bewahren und zu befestigen.

Ihre erste Aufgabe wird die Erledigung des Reichshaushalts für 1907, des Nachtragkredits für Evidenzpflicht und des Wahlrechts von Reich und Provinz nach § 20 sein. Die Vorlagen gehen Ihnen sofort in der früheren nur unwesentlich veränderten Gestalt zu.

Die schwere Krise, die durch die Aufstände der Eingeborenen in Südwest- und Ostafrika über die Schutzgebiete herabgekommen war, ist überwunden. In Ostafrika ist der Aufstand vollständig unterdrückt. In Südwestafrika sind die letzten Schüsse bis auf wenige Überreste unterworfen worden, so daß eine erhebliche Verminderung der dort bestehenden Schutztruppe aller Voraussicht nach möglich sein wird. Der Dank des Vaterlandes ist den Tapfern sicher, die in jahrelangen schweren Kämpfen mit einem verlässlichen und hartnäckigen Gegner den Ruhm der deutschen Waffen hochgehalten haben.

Die Entwicklung unserer Kolonien zu einem wertvollen Teil des nationalen Reichthums erfordert vor allem einen sorgfältig ausgearbeiteten Plan für den Ausbau der Verkehrswege. Um امکانhaft zu einer geistlichen Selbstverwaltung zu gelangen, werden zunächst das Rechnungswesen zu vereinfachen und die Beamtenverhältnisse neu zu ordnen sein. Wie mit dem Vorzuge ein Reichsamt zu errichten, so wird der Reichstag auch mit den Beiständen für die schwer geschädigten Anwohner in Ostafrika von neuem befaßt werden.

Der gesunde Sinn in Stadt und Land hat im Wahlkampf einer Bewegung Halt geboten, die sich, alles bestehende Gute und Lebensfähige verneinend, gegen Staat und Gesellschaft in ihrer heiligen heidnischen Entwicklung richtet. Die großen grundlegenden Gesetze zum Schutze der wirtschaftlichen Schwachen, und gegen den Rückgang der Produktion geschaffen worden, die sich als wahre Vertreter der Arbeiterinteressen bezeichnen, selbst aber nicht für sie und den Kulturfortschritt gekämpft hat. Gleichwohl zählen ihre Wähler immer noch nach Millionen. Der deutsche Arbeiter darf darunter nicht leiden. Seine Gesetzgebung beruht auf dem Grundgedanken der sozialen Verpflichtung gegenüber den arbeitenden Klassen und ist in der Ausübung der verschiedenen Verordnungen, die verbündeten Regierungen sind entschlossen, das soziale Werk in dem erhabenen Geiste Kaiser Wilhelms des Großen fortzusetzen.

Als König von Preußen habe ich am 21. Januar d. J. fundgegeben, daß ich bei Beleidigungen meiner Person von meinem Regalungsrecht absehen Gebrauch machen will. Es ist mein Wunsch, auch im Geiste den Bestimmungen wegen Majestätsbeleidigung enger Grenzen gezogen zu sehen. Eine Vorlage für den Bundesrat wird vorbereitet.

Die allgemeine politische Lage berechtigt zu der Zuversicht, daß sich der Friede weiter erhalten bleiben wird. Zu meinen Verbündeten unterstehet meine Regierung die alten Beziehungen, zu den anderen fremden Mächten gute und feste Beziehungen. Der am 11. Januar d. J. unterzeichnete Vertrag mit Ägypten, der durch Regelung der Beziehungen der Dardanellen führende Verhandlungen befestigen soll, wird, wie ich hoffe, das freundschaftliche Verhältnis zu unserem nächsten Nachbarn stärken. Auf Grund der Anregung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Vorschläge der russischen Regierung habe ich die Einladung zu der zweiten Haager Friedenskonferenz angenommen, die berufen sein wird, im Herbst in die Angelegenheit der ersten Haager Konferenz das Mittelrecht im Sinne des Friedens und der Humanität weiter auszubilden.

Und nun, meine Herren, möge das nationale Empfinden und der Wille zur Tat, aus dem dieser Reichstag hervorgegangen ist, auch über seinen Arbeiten wachen — Deutschland zum Heil!

Die Thronrede, in welcher die Mitarbeiterschaft des Reichskanzlers Fürsten Bülows an einzelnen Redewendungen unverkennbar ist, läßt gerade die z. Zt. brennendste innerpolitische Frage, die zukünftige Gestaltung des politischen Verhältnisses zwischen Regierung und Zentrum, unberührt. Die Voraussetzungen einiger Blätter, welche notorisch Be-

ziehungen zu gewissen Regierungsstellen unterhalten, daß nämlich in der Thronrede der Bruch zwischen Regierung und Zentrum offiziell vollzogen werden würde, ist also nicht eingetroffen. Wir haben uns an solchen Klüften niemals beteiligt, schon aus dem einfachen Grunde, weil für jeden, der sehen wollte, klar zu Tage lag, daß sowohl die Regierung wie das Zentrum die Brücke, die zu einer Wiederannäherung führt, keineswegs für alle Zeiten hinter sich abgebrochen haben wollten. Immerhin ist es eingemessen auffällig, daß in dem Paffus, der dem Ausfall der Wahl gewidmet ist, die Niederlage der Sozialdemokratie einen ziemlich breiten Raum einnimmt, während über diejenige Partei, die mit ihren verschiedenen Anhängern den Hauptteil der Majorität vom 13. Dezember v. J. bildete, mit Stillschweigen hinweggegangen wird. Ob das wohl auch der Fall gewesen wäre, wenn das Zentrum erheblich geschwächt aus dem Wahlkampf zurückgekommen wäre?

Sympathisch berührt das entschiedene Bekenntnis zur Fortführung der Sozialreform. Hoffentlich wird dieses Versprechen auch bald durch die Tat eingelöst. Die Vorlage zum Schutze der Heimarbeit, die gesetzliche Regelung der Wohnungsverhältnisse, der sanitäre Arbeitstag, um nur einige der dringendsten Aufgaben auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge zu erwähnen, sind längst fruchtbar. Außerdem darf man wohl erwarten, daß das Gesetz über die Berufsvereine in einer den Anschauungen der Majorität des Reichstags mehr Rechnung tragenden Form möglichst bald wieder eingebracht wird. Die Regierung sollte in wohlverstandenen eigenen Interesse nicht saumen, dem Reichstage diese Vorlagen alldahin zu legen. Nur dann wird es gelingen, den über die Sozialdemokratie bei der jetzigen Wahl errungenen Sieg auch auf die Dauer festzubalancieren.

Die Versicherung, daß die verfassungsmäßigen Rechte und Befugnisse des Reichstags gewissenhaft geachtet werden sollen, ist ja ebenfalls ganz anerkanntermaßen, die Unparteilichkeit der Befugnisse des Reichstags als gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung sollte im übrigen aber doch wohl als selbstverständlich gelten.

Die Bemerkung, daß die erste Session des neuen Reichstags nur von kurzer Dauer sein werde, scheint sich zu bestätigen, da außer den durch die Reichstagsauflösung unterbrochen gebliebenen kolonialen Vorlagen, zu denen die Errichtung eines selbständigen Kolonialamts und vielleicht noch einige neue Forderungen für Kolonialbahnen hinzutreten werden, keine weiteren Vorlagen in der Thronrede angehängt werden. Das Hauptpensum der ersten Session des neugewählten Reichstags wird also die Erledigung des Etats bilden.

In unseren Beziehungen zum Auslande scheint eine kleine Besserung gegenüber dem Status bei Beginn der letzten Session eingetreten zu sein. Die Thronrede macht zwar ebenfalls wieder den Unterschied zwischen „guten und forekten“ Beziehungen, die wir zu den fremden Staaten unterhalten; der pessimistische Unterton, der im vorigen Jahre zu starken Beforgnissen Anlaß gab, fehlt aber diesmal erfreulicherweise. Das Nachlassen der Spannung in den internationalen Beziehungen scheint auch daraus hervorzuergo, daß jede Andeutung über etwaige notwendige Verstärkungen unserer Nachmittels zu Lande und zu Wasser fehlt. Auch die zeitweilige Trübung des Verhältnisses zu unserem nächsten Nachbarn Oesterreich-Ungarn dürfte vollständig beseitigt sein, da wir nunmehr zu allen unseren Verbündeten „die alten herzlichen Beziehungen“ unterhalten.

Die Eröffnung des Reichstags vollzog sich am Dienstag im Weißen Saale des kgl. Schlosses in den hergebrachten prunkhaften Formen, aber unter einer Beteiligung von Abgeordneten, die weit stärker als sonst war. Schon während des Gottesdienstes in der Kapelle hatte sich ein kleiner Teil der Abge-

ordneten im Weißen Saale eingefunden, wo auch bereits die Schloßgardepolizei in den alten Friedrichianischen Uniformen unter dem Kommando des den Spontion führenden leibhaftigen Obersten v. Blätkow aufgestellt worden war. Auf sein Kommando präsentierte die Kompagnie und er selbst mit dem Spontion, als nach Beendigung des Gottesdienstes der Kaiser unter Vorantritt der Hofmarschen, gefolgt von sämtlichen Prinzen, einer großen Anzahl von Generälen und Abgeordneten durch den Saal schritt, um in dem dahinter liegenden Räume zur Formierung des feierlichen Zuges Aufstellung zu nehmen. Die Abgeordneten blieben im Saal zurück und füllten ihn ganz dicht. Es erschien der Reichskanzler in der Uniform der Bonner Husaren und die preussischen Minister in großer Uniform. Auch sie blieben im Saal. In der Hofloge nahm die Kaiserin mit der Kronprinzessin und der Prinzessin Wilhelmine Platz, in den anderen Logen saß man zahlreiche Diplomaten. Vom Gottesdienst in der Hedwigskirche kamen die katholischen Mitglieder des Reichstags. Der schwarze Frack überzog hier, aber man sah auch hier zahlreiche bunte Uniformen von Reserveoffizieren. Auch die Kleider der Landstände und der Ritterorden waren vertreten. Von den Parteien fehlten nur die Sozialdemokraten und Polen. Die übrigen Parteien waren ziemlich gleichmäßig vertreten. Nach kurzer Zeit erschien im geordneten Zuge, geführt vom Grafen Pofadonich und dem bayerischen Bundesratsbevollmächtigten Grafen v. Wertheimfeld der Bundesrat und stellte sich neben dem Fürsten Bülow und den preussischen Ministern auf.

Mit drohendem Schritt kam die Schloßgardepolizei von neuem in den Saal herein und saßte gegenüber vom Thronstuhl an der Längswand des Saales Posto. Zwei Hofmarschälle in reichgestickten Livreen und zwei Herolde in mittelalterlicher Tracht eröffneten den Einzug des Kaisers. Die Hofmarschälle folgten den Herolden. Der Kaiser schritt, den Gardebau Corps-Helm in der Hand, allein. Dicht hinter ihm der Kronprinz, ebenfalls allein, in der Uniform der Infanterie-Kürassiers, dann die übrigen Prinzen, Generäle, darunter Generaloberst Graf Saffler, trugen die Reichsinsignien. Der Kaiser trat vor den Thron, auf Labouretts wurden die Reichsinsignien niedergelegt. Der Kronprinz mit den übrigen Prinzen stellte sich auf die untersten Stufen des Thrones zu Seiten des Kaisers, das übrige Gesolge nahm rechts vom Throne Aufstellung. In dem Augenblicke, als der Kaiser den Saal betrat, brachte der älteste anwesende Abgeordnete, der dem Zentrum angehörige Dekan Lender, das Hoch auf den Kaiser aus. Der Reichskanzler überreichte dem Kaiser mit tiefer Vereinerung in einer Mappe die Thronrede. Der Kaiser bedeckte das Haupt mit dem Helm und las die Thronrede mit lauter Stimme und starker Betonung. Schon bei den ersten Sätzen, wo das Vertrauen ausgesprochen wird, daß der Reichstag die Nachvollziehung des Reiches unter den Kulturvölkern taubertreu wahren werde, hörte man schäufiernde Bravo-Rufe, sie wurden stärker bei dem Paffus, der den Dank des Vaterlandes an die Afrikaertrüge enthielt und steigerten sich weiter bei der Stelle gegen die Sozialdemokratie und über die Fortführung der Sozialreform. Hier mischten sich in das Bravo auch einige in diesem Raum wohl nicht gehörte Rufe: Sehr richtig! Auch die Stelle der Thronrede, wonach der Befragung wegen Majestätsbeleidigung enger Grenzen gezogen werden soll, wurde beifällig aufgenommen, und auch die Worte, die der Erhaltung des Friedens und den guten Beziehungen mit den anderen Völkern gewidmet waren, lösten starken Beifall aus. Fürst Bülow nahm die Thronrede aus den Händen des Kaisers zurück und rief: Auf Befehl S. M. des Kaisers, und im Namen der verbündeten Regierungen erkläre ich die Session des Reichstags für eröffnet. Graf Wertheimfeld brachte nun das Kaiserbuch aus, und unter demselben Jargonell in der gleichen Ordnung des Zuges, wie er gekommen, verließ der Kaiser den Saal.

Politische Uebersicht.

Die Eröffnung der zweiten Friedenskonferenz im Haag ist, wie der russische Staatsrat v. Martens in einem Interview erklärte, für die ersten Tage des Juni zu erwarten. Die Konferenz werde aller Wahrscheinlichkeit nach unter dem Vorsitz des russischen Botschafters in Paris, Melidov, in seiner Eigenschaft als erster Vertreter Russlands stattfinden. Die Verhandlungen würden geheim geführt werden. Staatsrat v. Martens ist der Ansicht, daß das vom „Petit Bleu“ verbreitete Gerücht, infolge der Gegnerschaft Deutschlands werde die Frage der teilweisen Abströmung vom Programm der Konferenz entfernt werden, der Begründung entbehre, da niemand verhindern könne, daß die Frage aufgeworfen werde. Martens versichert, daß Rußland, Frankreich und Deutschland die Ansicht hätten, daß die Frage einer Abströmung noch nicht für eine Entscheidung durch die Friedenskonferenz reif sei. England und Amerika beabsichtigen ausserdem der Konferenz eine Begrenzung der Abströmung vorzuschlagen. — Wir machen bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam, daß die Thronrede zur Eröffnung des Deutschen Reichstags offenbar absichtlich die Abströmungsfrage nicht erwähnt.

Oesterreich-Ungarn. Neue österreichisch-ungarische Ausgleichskonferenzen haben am Montag in Wien begonnen. Der ungarische Ministerpräsident hatte eine längere Audienz beim Kaiser. Eingehende Besprechungen finden zwischen Dr. Weterle und Fern. v. Des. statt. — Wegen Beleidigung des Baron Banffy, den er beschuldigt hatte, bei der Abfassung der Zensurproklamation die Hand im Spiele gehabt zu haben, wurde der Chefredakteur des Blattes „Ujlap“ zu einer Geldstrafe von 1600 Kronen verurteilt.

Frankreich. Ueber die Intervention der österreichisch-ungarischen Botschaft bei dem französischen Minister des Auswärtigen betreffs Rückerstattung der bei dem Monsignore Montagrini beschlagnahmten Papiere hat ein Pariser Blatt Meldungen gebracht, die nach der offiziellen „Agence Havas“ die folgt richtiggestellt werden: Am 8. Februar fragte der österreichisch-ungarische Botschafter Graf Kedenbuehler, der sich schon vorher ohne die geringste Schwierigkeit mit dem Minister des Auswärtigen Wilson im Einvernehmen gefestigt hatte, diesen brieflich, ob er einwilligen würde, dem heiligen Stuhle durch Vermittlung der österreichisch-ungarischen Botschaft das Archiv der ehemaligen Pariser Nuntiatoren auszubändigen. Der Ministerrat, dem dieses Gesuch unterbreitet wurde, gab dem Botschafter Wilson gemäß seine Zustimmung, der Botschafter wurde sofort davon benachrichtigt, daß die Uebergabe des Archivs der ehemaligen Nuntiatoren, das heisst aller diplomatischen Urkunden, die aus der Zeit vor dem Bruche zwischen Frankreich und dem Vatikan stammen und die übrigen nicht mit Beschlag belegt gewesen seien, sofort in Gegenwart eines Vertreters des Ministeriums des Auswärtigen und eines Vertreters der österreichisch-ungarischen Botschaft erfolgen werde. In dieser ganzen Angelegenheit hat es weder eine bindende Antwort gegeben, noch eine Aufforderung, noch eine Weigerung, die Urkundenprüfung zu lassen, noch die Vermittlung (Intervention) irgend einer Macht außer der österreichisch-ungarischen Regierung, die im voraus Sorge getragen hätte, sich katamantisch dessen zu verhindern, daß der von ihr ausserst courtisanevolle Wesse unternehmene Schritt günstig aufgenommen werden würde. — In der Sitzung des französischen Ministeriums, die am Dienstag im Elisee abgehalten wurde, wurde der Inhalt der Erklärungen, welche Briand an diesem Dienstag nachmittag gelegentlich der Intervention über die Kirchenpolitik abgegeben wird, einstimmig gebilligt. Der Ministerpräsident Clemenceau wird neigenfalls in die Debatte eingreifen. — Der Marineminister Thomson teilte in großen Zügen den Entwurf betreffend eine Erhöhung der Pension der auf den Listen geführten Marine-Gesamtschaften mit.

Rußland. In Rußland hat die Regierung bei den Vorbereitungen zur Reichswahl ein gründliches Rastlos gemacht, wie nimmermehr auch die Opposition in ihren Wahlbezirken zugeben müssen. Bis zum Montag sind nach einer amtlichen Zusammenstellung 6019 Wahlmänner zweiten Grades gewählt worden, darunter 1416 Monarchisten und 910 Gemäßigte. Im Ganzen sind von den bisher Gewählten 2326 oder 38,6 Proz. Rechtsstehende, 2526 oder 42 Proz. Linksstehende, 499 oder 8,3 Proz. Nationalisten, 392 oder 6,5 Proz. Parteilose, 276 oder 4,6 Proz. von unbekannter Parteizugehörigkeit. Wir haben schon mehrfach betont, daß man die „Parteilosen“ getroffen der Opposition zugablen darf. Das System Stolypin ist durch die Wahlen gerichtet. Besonders oppositionell haben die Städte gewählt. — In Moskau wurden am Sonntag und Montag auf Grund der Adressen, die man bei einer Durch-

suchung der Technischen Schule gefunden hat, viele Verhaftungen vorgenommen. Die Durchsuchung wurde infolge eines Vortrages vorgenommen, den Svetlov, der in Wahrheit Garonovskij heißt, angekündigt hatte. Der Vortrag erwiderte sich in der Tat als eine Verkündigung der revolutionären Sozialisten. Svetlov wird von der Polizei gefolgt. In der Schule wurden stetig Ausländer verhaftet. — Vor dem Kriegesgericht in Riga endete am Montag die Verhandlung wegen des Aufstandes in Tulkum, die am 1. Januar begonnen hatte. Siebzehn Angeklagte wurden zum Tode, einer zu acht Jahren Gefängnis, 45 zu Zwangsarbeit von verschiedener Dauer verurteilt; zwölf Angeklagte wurden freigesprochen.

England. Eine Verurteilung des Kaperkrieges auch vom rein militärischen Standpunkt enthält der am Montag erschienene amtliche Bericht über die englischen Flottenmanöver des Jahres 1906. In diesem Bericht wird festgestellt, daß die Verluste der beteiligten Kauffahrtschiffe 55 Prozent betragen. Diese Aufbringungen hätte das angreifende blaue Geschwader jedoch mit einer völligen Desorganisation seiner Streitkräfte bezahlt, und der Unparteiische habe entschieden, daß, falls die Manöver fortgesetzt worden wären, beim Beginn der dritten Woche alle zur Sperrung des Handels verwandten Schiffe entweder genommen oder blockiert gewesen wären; im Falle eines wirklichen Krieges wäre der Prozentsatz der weggenommenen Kauffahrtschiffe erheblich niedriger gewesen. Die Manöver hätten, heisst es sodann in dem Bericht, wieder bewiesen, daß es vom strategischen Standpunkt verfehlt sei, den Handel des Feindes zum Hauptziele des Angriffes zu machen und den Schlachtschiffen aus dem Wege zu gehen. Es könne wohl vorübergehend der Handel in London in eine kritische Lage kommen, wenn der Krieg im Sinne der Manöver geführt würde, doch könne die völlige Niederlage des Angreifers nicht lange aufgeschoben werden, und es werde im Handel des Verurteilten bald zurückkehren.

Marokko. Der Sultan von Marokko braucht Geld. Der Vertreter des Sultans Mohammed el Torres hat den Gesandtschaften nach einer Meldung der „Agence Havas“ aus Tanger schriftlich befohlen, daß jede Einfuhr von Tabak in marokkanische Häfen verboten worden sei. Es wird angenommen, daß das Verbot ein Vorzeichen der Einföhrung des Tabakmonopoles sei.

Nordamerika. Der japanisch-amerikanische Konflikt ist durch die Novelle zum Einwanderungsgesetz der Vereinigten Staaten doch noch nicht endgültig erledigt worden. Aus Washington wird nämlich berichtet, daß das Staatsdepartement die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Japan zur Regelung der Einwanderungsfrage vorbereitet. Man erwartet als Ergebnis, daß Japan Pässe an Kulis nicht erteilen wird. Sobald die Einwanderungsbill unterzeichnet ist, wird das Departement für Handel und Arbeit die Hafensbehörden bezüglich der Einschränkungen in der Zulassung von Einwanderern instruieren, ohne die Japaner besonders zu erwähnen. Der Erlaß dieser Vorschriften dürfte die Kalifornier befriedigen. Das Abkommen zwischen Roosevelts und den San Franziskoer Behörden bestimmt: Ausländische Kinder unter sechzehn Jahren, die englisch sprechen, dürfen zu den Schulen der Weissen zugelassen werden. Für ausländische Kinder, die die Elemente der englischen Sprache nicht mächtig sind, sollen besondere Schulen eingerichtet werden. Das neue Einwanderungsgesetz ist übrigens auch vom Repräsentantenhaus am Montag angenommen worden. — Der Marineauschuss des amerikanischen Senats beschloß, dem Hause die Annahme der Forderungen für die Marine zu empfehlen. Der Entwurf sieht unter anderem drei Millionen Dollars für eine Verstärkung der Besatzung der neuen Schlachtschiffe vor und erhöht damit die Gesamtausgabe auf 12 Millionen. Der Posten für zwei Schlachtschiffe vom Dreadnought-Typ ist beibehalten.

Deutschland.

Berlin, 20. Febr. Der Kaiser trat am Dienstag mittag vom Lehrter Bahnhof aus eine Reise nach Wilhelmshaven, wo die Vereidigung der Marinereuten am Mittwoch stattfinden soll, sowie nach Helgoland, Bremerhaven und Bremen an, von wo die Rückreise am 23. d. M. erfolgen wird. Vor der Abreise hatte der Kaiser noch den Landrat v. Eckebors empfangen. Die Ankunft in Wilhelmshaven erfolgte abends 8 1/2 Uhr. Der Kaiser begab sich dort sofort an Bord des Linienschiffes „Deutschland“.

(Zum Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein) ist nach offizieller Meldung der Landrat a. D. v. Bülow-Postsee ernannt worden. Deibel v. Bülow ist 1864 als Sohn des Großherzoglich medlenburgischen Kammerherrn v. Bülow auf Poltskamp und Postsee geboren. Er besuchte das

Gymnasium in Flensburg, und die Universitäten Bonn, Leipzig, Kiel, Berlin, widmete sich dann der Verwaltungslaufbahn und bestand im Jahre 1885 die große Staatsprüfung für den höheren Verwaltungsdienst. Nachdem er zunächst als Regierungsassessor bei der Regierung in Schleswig beschäftigt gewesen war, wurde er im Jahre 1887 zum Landrate des Kreises Stormarn ernannt; 1894 schied er aus dieser Stelle und zugleich aus dem Staatsdienste aus. Seit 1889 gehört er dem Abgeordnetenhaus als Vertreter des Wahlkreises 16 Schleswig-Holstein-Stormarn-Landbeck an und ist Mitglied der konservativen Fraktion.

(Die in Sachen der braunschweigischen Thronfolgefrage) von den braunschweigischen Reichstagsabgeordneten nachgedachte Audienz beim Kaiser wird nach der „Munch. Allg. Zig.“ bewilligt werden. Dagegen meldet die „Magdebg. Zig.“, daß die Audienz der drei Reichstagsabgeordneten von dem Kaiser nicht angenommen worden sei. Durch ein Schreiben von Anfang Oktober an den Herzog von Cumberland sei des Kaisers Stellung klar genug geworden.

(Zum Kaisermandat 1907.) Im königlichen Schlosse zu Hannover erfährt zurzeit der rechte, am Schloßplatz gelegene Flügel, der früher vom Prinzen Albrecht von Preußen und seinem Hofstaat benutz wurde, einen Umbau. Die großen Hof- und Neubauten im Schlosse werden so gefördert, daß sie im Laufe des Sommers zur Benützung fertig dastehen. Der im Umbau befindliche Flügel soll an den ersten Tagen des Kaisermandates das Kronprinzenpaar und einige andere hohe Mandatäre des Kaisers aufnehmen. Das Kaiserpaar wird sein Quartier wieder in dem Mittelbau des Schlosses aufschlagen. Die auswärtigen Offiziere und andere Mandatäre werden in drei Hotels in Hannover untergebracht. Die Vorbereitungen zum Mandat machen sich jetzt bereits bemerkbar.

(Die Thronrede und das Zentrum.) Die „Germania“ schreibt bei der Besprechung der Thronrede: An der Thronrede ist vor allem bemerkenswert, daß sie die Taktik fortsetzt, zu der der Reichskanzler sofort nach den Hauptwahlen griff: vom Zentrum ist nicht mehr die Rede, nur die Sozialdemokratie wird erwähnt. Es ist, als ob Fürst Bülow niemals zum Kampfe gegen das Zentrum aufgerufen hätte, sondern nur die Sozialdemokratie habe niederwerfen wollen. Wir haben das Mandat wiederholt so austehend gemüht, daß wir uns weiter nicht damit zu befassen brauchen. Vielleicht darf man aus dem Schweigen der Thronrede schließen, daß die Kriegserklärung gegen das Zentrum doch nicht überall als Lug und trug-berühmend angesehen wurde, oder nach den Wahlen bereits wieder die Erkenntnis Platz gegriffen hat, daß man ohne das Zentrum auf die Dauer schwerlich auskommen werde. Nur der „kleinliche Parteigeist“ zeugt allenfalls noch vom verschwundenen Willen, „Willen zur Tat“ gegen das Zentrum, denn er bildete in dem Silvesterbriefe und in der Parteirede ebenfalls das ganze Anlage-material gegen das Zentrum. Wir wollen abwarten, wie der Kaiser bei dem Parteigeiste seiner „nationalen“ Mehrheit fährt.

(Der Brennsteuervergütungssatz) Der Bundesrat hat beschlossen, zu genehmigen, daß der Brennsteuervergütungssatz von 8 Mark für das Hektoliter Alkohol bis auf weiteres beibehalten wird.

(Die Ueberwachung von Lehrerversammlungen) durch Polizeibeamte ist die neueste Errungenschaft der Vera Studt. Die Duisburger Lehrer hatten eine Resolution gegen den Bundesrat des Kultusministers gefaßt. Nachträglich sind der Vorsitzende in dieser Versammlung, sowie mehrere Redner und der Saalinhaber zu je 15 Mk. Geldstrafe verurteilt worden, weil die Versammlung nicht polizeilich gemeldet worden war. Vor einigen Tagen wollten die Lehrer in Duisburg abernals eine Versammlung abhalten, um über die Gehaltsfragen zu beraten. Mit Rücksicht auf das Verhalten des Staatsanwalts hatten die Veranstalter der Versammlung diesmal eine polizeiliche Anmeldung veranlaßt. Sie waren aber nicht wenig überrascht, als ein Polizeibeamter zur Ueberwachung dieser Lehrerversammlung erschien. Nach der Eröffnung der Versammlung wurde beschlossen, unter den obwaltenden Umständen nicht zu tagen, besonders auch mit Rücksicht auf die Tatsache, daß seit 30 Jahren nie eine Lehrerversammlung, die über Gehaltsfragen beraten, angeleitet oder polizeilich überwacht worden ist, und daß dies ebensowenig bei anderen Beamtenversammlungen, etwa bei Versammlungen von Geistlichen, der Fall war. Die Versammlung wurde hierauf sofort geschlossen, ohne verhandelt zu haben.

(Für Wilhelmshaven-Langenfelka) hatte der frühere Handelsminister v. Müller eine Kandidatur für die Nachwahl zum Reichstag angenommen unter der Voraussetzung, daß alle bürgerlichen Parteien seiner Auffassung als Kandidat zustimmen würden. Nach Aufstellung der freisinnigen Kandidatur des

Herrn Merzen hat jetzt Herr v. Möller seine Kandidatur zurückgezogen und die Konfessionen, welche anfangs seine Unterstützung zugesagt hatten, haben am Montag beschlossen, die vom Bund der Landwirte aufgestellte Kandidatur des Rittergutsbesizers von Arnstadt auf Groß Burgula zu unterstützen.

(Bei der Landtagsverfassung in Lennep-Kemtschid-Sollingen) für den verordneten Abg. v. Gynern wurde am Dienstag Amtsgerichtsrat Dr. Gottschalk in Sollingen (nationalistisch) mit allen 724 abgegebenen Stimmen gewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

(Aus Schleswig-Holstein.) Das feste, allen politischen Parteien Trotz bietende Zusammenhalten der entschiedenen Liberalen in der Nordmark hat nicht zum wenigsten dazu beigetragen, daß Schleswig-Holstein jetzt wieder 5 freirennige Abgeordnete in den Reichstag entsendet. Der Verlust von Nord- und Süderdithmarschen, so schmerzlich er im Augenblick auch ist, wird bei der nächsten Wahl hoffentlich wieder wett gemacht werden.

Wie in einer Versammlung des liberalen Vereins zu Jheboe mitgeteilt wurde, trägt die Hauptschuld an der Niederlage des bisherigen freirennigen Abg. Hock die scharfe Gegenagitation der „Jheboer Nacht“. Das Fehlen einer überzeugungstreuen liberalen Wahlleitstelle hat übrigens auch in anderen Wahlkreisen den Mißerfolg verurteilt. Daneben sollen in diesem Wahlkreise auch betrübliche Wahlbeeinflussungen festgestellt haben, die noch näher untersucht werden, um die Wahl ev. anzufechten. Wenn man von diesem betrüblichen Verlust absteht, so kann der Ausfall der Wahlen in den übrigen Wahlkreisen der Provinz Schleswig-Holstein den unterschiedlichen Liberalismus jedoch nur mit höchster Ermüdung erfüllen.

(Folgen des politischen Schulfreies.) Ende voriger Woche wurde vor der Strafkammer zu Guben ein Fall der verantwortlichen Redakteur der dort erscheinenden politischen Tageszeitung „Dienstag Kurier“, K. Janowski, wegen Aufforderung zum Schulfreie in 10 Fällen insgesamt zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Feuer aus, das in kurzer Zeit ein Wohnhaus in Nische legte. Nach dem Brande wurden sieben Personen der italienischen Familie Banzo vermißt, deren Verbleib trotz eifrigsten Nachsuchens auf der Brandstätte nicht entdeckt werden konnte. Vermutlich hat man in den Schrammen menschliche Leberreste entdeckt, so daß über das Schicksal der Unglücklichen kein Zweifel mehr bestehen kann, daß die ganze aus Kontorio bei Verona stammende Familie, bestehend aus Vater, Mutter und fünf Kindern, letztere im Alter von 1/4 bis 10 Jahren, in den Schrammen den Tod gefunden haben.

(Raub im Eisenbahnzuge.) Auf dem Hamburg-Hauptbahnhofe wurde in dem Sonntagabend von Kiel eingefahrenen Schnellzuge ein junger Mann betäubt aufgefunden und nach dem Krankenhause gebracht. Heute jagte er aus, daß mit einem ungefähren 1/2 Jahre alten Herrn in einem Abteil allein gefahren sei. Der Eisenbahnwächter hat seinem Opfer, dem 23 Jahre alten Techniker Lange, die ganze Vorfahrt von 220 Mt. und eine Brieftasche mit Papieren geraubt. Von ihm selbst jede Spur.

(Gewerkschaft Breslauer Gashirten.) Die Breslauer Gashirten gründeten eine Genossenschaft, welche die heimische Brauerer für 675 000 Mt. bei 150 000 Mt. Anzahlung ankaufte.

(Zum Morde im Eisener Stadtwald.) Die Anklagen des Buraubrennens Land, der sich als Mörder der Mch Lake der Polizei stellte, haben sich bezüglich der angeblichen Mütter als falsch herausgestellt. Es gewinnt immer mehr den Anschein, daß es sich um die Selbstbeschuldigung eines Geisteskranken handelt. Doch sind die beschuldigten Ermittlungen hierbei noch nicht abgeschlossen.

(Der Einbruch des Diebstahls im Elberfelder Leihhause.) Die Stadtmunicipalität legte auf die Verurteilung der Einbrecher, die im südlichen Leihhause Jandelen und Gohlhaden, über 100000 Mark im Werte, raubten, eine Verlobung von 1000 Mark aus.

(Doppelhelftimord.) In Buxtehude haben sich der Webersohn Wanne und seine 19jährige Geliebte, Mathyanna Wagg, zusammen erhängt.

(Wegen Verurteilung und Aussetzung von Maschinen.) Der Einbruch des Diebstahls im Elberfelder Leihhause hatte die in der Daddorfer Straße wohnhafte Zimmervermieterin Kren beunruhigt. Dort lag ein Revolver im Wohnzimmer, den ein fortgezogener Gaubergmann zurückgelassen hatte. Als der Sohn der K. nachhaken wollte, ob die Waffe geladen sei, ging plötzlich ein Schuß los, und die Kugel drang dem Sch. in den Kopf. An der rechten Schläfe kam das Geschöß wieder zum Vorschein. Der Schwereverletzte erholte sich der Unfallstation die ersten Notverbände. — Beim Reinigen

seiner Browningpistole kam der Kriminalschußmann Friedrich Schön von der Berliner Sittenpolizei, der in der Jöhener Straße wohnte, ums Leben. Die Waffe entlud sich, und das Geschöß drang dem Beamten in den Hinterkopf. Der Verletzte wurde nach dem Krankenhause gebracht, wo er jedoch nach 1/2 Stunden verstarb. — Nach ein dritter Unglücksfall aus der gleichen Veranlassung wird jetzt nachträglich von der vorigen Woche gemeldet. Am Mittwoch hatte der 15jährige Sohn des Schanfruits Kämms aus der Wälderstraße mit einem Leuchting gespielt, als plötzlich die Waffe losging. Die Kugel drang der 13jährigen Tochter Margarete des Drehses Kramke, die sich bei seiner Schwester zum Besuch aufhielt, in den Kopf. Kämms trug die Schwereverletzte nach dem Krankenhause, wo sie am Freitag gestorben ist.

(Die New-Yorker Eisenbahnkatastrophe.) Die „Frank. Ztg.“ meldet aus New-York: Das Zentralbahnunglück ist durch verändertes Schwellenprofil verurteilt worden. Die Schwellenlänge betrug 110 cm. schließlich. Die Zahl der Toten beträgt 22, die der Verletzten 140.

(Mord.) In Kaulbeuren hat der ledige Fabrikarbeiter Anton Meier seine Geliebte, die 42jährige verheiratete Fabrikarbeiterin Lederle aus Wut über den Bruch des Verhältnisses in der Wohnung erschossen.

(Kohlenbergung.) In einem Hotel in Rotenburg (Landes) wurden die Schwiegermutter des Weisers, der Hausdiener und ein Kellnererschling in ihren Zimmern durch Kohlenbergung vergiftet aufgefunden. Die Gase waren durch den Sturm aus dem Kamin in die Zimmer gedrückt worden. Die Frau konnte gerettet werden. Die beiden anderen Personen sind gestorben.

(Kaminfeuer.) In Anney (Frankreich) sind, verursacht durch die pöpstliche Schneemaschine, zahlreiche Kaminfeuer zu Tat gegangen. Der Verletzte ist vollständig unterbrannt. Viele Häuser, die durch Kaminfeuer bedroht sind, wurden auf behördliche Anordnung geräumt.

(Eine Nebenmutter.) Unter dem dringenden Verdachte, ihr 6 Jahre altes Kind durch Mißhandlungen getötet zu haben, wurde am Montag die 28 Jahre alte Ehefrau des Kaufmanns Silberstein in Berlin verhaftet. Die Anklage erfolgte durch den Arzt und die Totenscheiner, die das Kind über und über mit Wunden bedeckt fanden.

(Ein schweres Jagdunfall?) Das „Rathenower Kreisblatt“ meldet: Dienstag morgen wurde ein Waldarbeiter auf dem Wege nach dem Hgl. Hohl erschossen. Zwei andere Arbeiter wurden schwer verletzt. Es heißt, die Schüsse rührten aus dem Gewehr eines Berliner Schloßmachers her, der sich mit anderen Jagdliebhabern auf dem Anstand befand und die Arbeiter für Wild gehalten habe.

(Ueber eine interessante Betrau) im Hause Eulenburg wird gemeldet: Die Gräfin Augusta Eulenburg, die zweite Tochter des Fürsten Politz, hat sich mit dem Privatsekretär ihres Vaters, einem Herrn Koralline, der ein geborener Ungar ist, verlobt. Die Trauung, das Ende eines mehrjährigen Liebesromans, wurde in aller Heimlichkeit in London vollzogen.

Vermischtes.

(Eine siebenköpfige Familie verbrannt.) In Worgental bei Ubon am Bodensee kam dieser Tage

Anzeigen.

Für diesen Teil übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Familien-Nachrichten.

Für die uns anlässlich unserer Abwesenheit erwiezenen Aufmerksamkeit sagen Allen herzlichsten Dank.
Herrmann Schmidt u. Frau.
Weinschan, d. 20. Febr. 1907.

Für die herrliche Teilnahme und reiche Blumenopfer bei dem schmerzlichen Beerdigungsergebnis unsern tiefsten Dank.

Walter

sagen wir allen Bekannten auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank.
Familie Weigert.

Für die vielen Beweise der Teilnahme bei dem schnellen Tode unserer lieben kleinen

Else

sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank.
Familie Hornbogen, Menschau.

Bekanntmachung.

Ich bringe hierdurch zum öffentlichen Kenntnis, daß in Wien, Kreis Sangerhausen, eine Heilstätte für kranke Kinder (Cacilien-Heilstätte) errichtet worden ist. Die Anstalt wird von zwei Diakonissen unter ständiger ärztlicher Kontrolle geleitet. Der Preis für eine vierwöchige Kur und Verpflegung beträgt bei unermittelten Kindern 45 Mt., bei bemittelten 60 Mt. Vernehmung, den 11. Februar 1907.
Der Königl. Landrat.
Wenzl d. Hausenbille.

Holz-Auktion.

Sonnabend den 23. Februar, mittags 1 Uhr, werde ich im höchsten Verzicht in Meuschan an der Spitze von einer großen Partie Bapstein Das Kopfholz zum Selbsthauen meistbietend gegen Barzahlung verkaufen. Sammelplatz Schmitz's Hofhaus zu Meuschan Richard Krampf.

Kleine Wohnung.

Stube und Kammer per 1. April zu vermieten.
Neumannstr. 48.

Gotthardstraße 21

ist die 1. Etage ganz oder geteilt sofort zu ermlenen und 1. April zu beziehen.

Barterre-Wohnung

alt bezogenen Gollschkestr. 24 für 210 Mt. zu vermieten und 1. April zu beziehen.
Weinschanstraße 2.

Eine Wohnung, bestehend aus 7 separaten Räumen, Küche und Zubehör, ist zum 1. April zu beziehen.
Weinschanstraße 27.

Krautstraße 3

ist eine Wohnung per 1. April zu vermieten. Näheres beim Verwalter Kunth.

Auf bald oder spätestens zum 1. Juli 1907 Wohnung von 6 Zimmern und Zubehör od. 1 Familien-Haus zu mieten oder zu kaufen gesucht. Offerten mit Preisangabe unter A M 6 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Sofort ein Zimmer oder eine Kammer mit einige Möbel unterzukommen. Offerten unter H H 10 an die Exped. d. Bl.

Sofort ein, mit Geschäft bei hoh. Anz. zu kaufen. Akt. verb. Off. erbet. unter Haus 113, hauptpostlagernd Halle a. S. 6000 Mt. als Hypothek innerhalb der Brandstädter gesch. Off. Off. unter W H 5 postlag. Merseburg.

1 Tafelwagen,

für Hand- eventl. auch elektrisch, mit vier starken Federn, fast neu, wegzugshaber billig zu verkaufen bei

Louis Albrecht, Sirtenstr. 4.

Eichenes Paneelsofa

mit Splegelverglasung billig zu verkaufen. Offerten unter P O 26 an die Exped. d. Bl.

Gebr. Kochherd od. Kaminen

zu kaufen gesucht. Offerten unter A 1 an die Exped. d. Bl.

Altentümer!

Wezugshalber verkaufe eine große Partie antiker Möbel, dieselben sind von Fachmann sorgfältig restauriert und stehen auch für Nachkäufer jederzeit zur Verfügung. Geöffnet von früh 8 bis abends 6 Uhr.
Louis Albrecht, Sirtenstr. 4.

Keine Maus bleibt leben!

Legen Sie „Mortor“ aus. Wirkung frappant! Dose 50 Pf., 100 Pf.
Wieder-Drogerie W. Kteslich, Inh. Kurt Adel, Central-Drogerie, Kaiser-Drogerie.



Von Donnerstag den 21. d. M. ab stehen große Transporte
bester Steiermärker Arbeits- u. Wagenpferde
in schwerem und leichtem Schlage,

bester bairischer Zugochsen,
bester Original-Badischer
Kühe u. Kalben,
hochtragend und fruchtmelkend,
bester Kühe u. Kalben
(verschiedener Rassen) bei uns
preiswert zum Verkauf.

Gustav Daniel & Co.,
Weinschan a. S., Telefon 150.

Konfirmations-
Geschenke für Mädchen.

Konfirmations-
Geschenke für Knaben.

Konfirmations-
Karten, resp. Neuheiten.

Hochzeits-
Geschenke,
großartige Neuheiten.

Geburtsstags-
Geschenke,
reife Auswähl.

C. F. Ritter,
Halle a. S.,
Leipzigerstraße 90.
Größtes Spezialhaus
für Galanterie- und Spielwaren.

Seine vorzüglichsten
Ungarweine
empfehlend bestellt für Kranke und Gesehnde
Fritz Schanze,
Spezialgeschäft für feine Dessertweine

Große
süße Apfelsinen
Dgd. 45 Pf.
empfehlend
W. Schumann,
Unterlennburg 20.

Älteres anständiges Mädchen,
welches gut bürgerlich kochen kann und Hausarbeiten übernimmt, wird zum 1. April bei hohem Gehalt.
Gottlob Hoffmann, Merseburg, Markt 11.



Prächtige Geschenke liegen dem **Veichenseifenpulver**

Marke Kaminfeger
bei, nur nützliche Gegenstände, die viel Freude machen.
In den meisten Geschäften a 15 Pf. zu haben.
Vorsicht beim Einkauf! Man achte auf die „Schupnarke Kaminfeger“!
Fabrikant: Carl Gentner, Göppingen.

Am Freitag den 22. d. Mts von abends 8 Uhr und Sonnabend den 23. d. Mts. von vormittags 11 Uhr an bleibt mein Geschäft Familienfeierhalber

geschlossen.

Osw. Rossberg.

Dom- Männerverein.

Montag den 25. Februar 1907,
abends 8 Uhr,

in Müllers Hotel:

Die Entwicklung eines modernen
Menschen

nach dem Romane „Der Mittler“ von

Hilfsbuch-Stahn.

(Ref.: Super. Bithorn).

Gäste sind willkommen

Funkenburg.

Sonnabend den 23. Februar abends 8 Uhr

großes humoristisches
Bodbierefest

unter gütiger Mitwirkung
des Gesangsvereins „Einigkeit“.

Ball mit freier Nacht,
wogu ergebenst einladet

O. Herfurth.

Eintritt frei.

Grüne Linde.

Donnerstag Schlachtfest.

Bis zu außer dem Hause.

Sachsen Restaurant.



Heute
Schlachtfest.

Vormittags 10 Uhr Wellfleisch.

Angarten.



Heute Donnerstag
Schlachtfest.

**Tüchtige Maurer
und Bauarbeiter**

werden eingestellt.
Friedrich Friedrich, Maurermeister,
Lammerdorf—Mabewell.

1 kräftiger Arbeitsbursche

für dauernde Arbeit gesucht.

A. Kurth.

Ein tüchtiger Schneider

außer dem Hause wird sofort gesucht

Delgrube 20/21.

Ein ehrl. kräftiger Mann

zu Speisearbeiten sofort gesucht.

W. Seewald & Co.

Wir suchen zur Reparatur und Instandhaltung unseres Vorstandsmaterials einen geübten

Tischler.

Gef. schriftl. Off. (Stundensohn) erbeten an Herrn **F. Hebrich**, gr. Mittelstraße 4 I. Merseburger Kinder-Gesellschaft.

Einem Bekling

sucht zu Ehem

A. H. Mischur, Briefur-Gesellschaft.

Damenschneiderei.

Eine tüchtige Gehülfin sowie eine Lernende nimmt an **Margarethe Sout**, Welfenstraße 5, am Gottwardsteich.

Köchinnen, Haus- u. Stuben- mädchen

finden bei hohem Lohn angenehme Stellung durch Frau **Leiser**, Stellvermittlerin, Lebz, Osterstraße 16 II.

Wilhelm Fuhrmann,

Seifenfabrik, Markt 35,

empfeht

Weisse u. hellgelbe Waschseifen

eigener Fabrikation, gut getrocknet, von vorzüglicher Weichheit und Ausgiebigkeit.

Weisse u. gekörnte Schmierseife.

Weisse Schnitzseife.

Sämtliche Waschartikel.

Toiletseifen in grosser Auswahl.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Ausserordentlich billige Kaufgelegenheit

bieten meine reichhaltigen Bestände in
**Teppichen, Fellen, Läuferstoffen, Linoleum,
Wachstuchen
und abgepassten Wachstuchdecken etc.,
fertigen Herren- und Knaben-
Garderoben,**

Konfirmanten-Anzügen,

Hüten, Mützen, Schirmen, Schlippen,
Wäsche etc.,

welche wegen Räumung meines Lokals
Markt 19/20 trotz der bedeutenden Erhöhung
aller Preise seitens der Fabrikanten zu den bis-
herigen Preisen mit

10 Prozent Extra-Vergütung

abgegeben werden, solange der Vorrat reicht.

Teppich- und Konfektions-Haus

Otto Dobkowitz,
Markt 19/20.

Schmackhafte Kost erzielt die Hausfrau mit

MAGGI'S Würze.

Große Wirksamkeit, deshalb sehr
ausgiebig. Bestens empfohlen
von

F. Eustachius Panecke, Delgrube 24.

Eigene Polsterwerkstatt.

Transport
frei!

Achtung Brautleute!

Bevor Sie Möbel kaufen, besichtigen Sie mein grosses Lager kompletter
hochmoderner Wohnungseinrichtungen sowie einzelner Möbel in jeder
Preislage.

**Wilh. Borsdorff, Tischlermeister,
Schmalestrasse 27.**

Solide
Preise!

Eigene Tischlerwerkstatt.

Merseburger Musikverein.

Freitag den 22. Febr. 1907,
abends 7 Uhr präzis,
im königlichen Schlossgarten-Pavillon
3. Künstler-Konzert.

Das russische Trio: Frau Vera Maurina-
Preß (Klavier), Herr Prof. Michael Preß
(Violine) und Herr Josef Preß (Violoncello).
Herr Sidney Bieden (Gesang).

Programm:

1. A. Arenski: Trio D-moll. 2. F. Schubert:
a) Wanders Nachtlied. b) Schwanengesang.
c) Sei mir gegrüßt. d) Märlchen.
3. F. Juon: Sonate für Violine u. Klavier,
Op. 7. 4. F. Brahms: a) Mit vierzig Jahren.
b) Erinnerung. — Hugo Wolf: c) Schlafendes
Jehuskind. d) Gelmweh. 5. A. Rubinstein:
Trio B-dur.

Eintritt gegen Vorlegung der Mitglieds-
karten. Ehrenkarten zu 50 Pf. in der
Stollbergischen Buchhandlung bis Freitag
mittag. Ebenda für Nichtmitglieder Eintritts-
karten zu 3 und 2 Mark.

Die Damen werden höflich gebeten,
die Hüte in der Garderobe abzugeben.
Der Vorstand.

Verneude

für Bus zum sofortigen Eintritt gesucht.

Burschfrage 6.

Suche zum 1. April eine zuverlässige
saubere und erfahrene

Köchin

mit guten Kenntnissen. Offerten erbitet
Frau Annet von Ziegenh,
Nannand (Kommern).

Suche für sofort und länger in vorzüglicher
Stellung Stubenmädchen bei hohem
Lohn, auch solche, die etwas kochen können,
Hausmädchen für einzelne Herrschaften nach
Welfenfeld, Werleburg und Bad Schmiedeberg.
Frau D. Wengler, Stellvermittlerin,
Breuerstraße 14, am Markt.

Gesucht werden für gute Stellen:
Kochmädchen, Köchen, Köchin, Stuben-
und Hausmädchen, Mädchen f. einig. Herrschaften,
bes. Kinderfrauen, alt u. jung. Mädchen
nach hier und auswärts im. Soforten.
Frau Henriette Langenheim,
Stellvermittlerin, Schmalestraße 21.

Ein sauberes gewilliges Mädchen
vom Lande wird für ein Meisenant, Gehalt
150—160 M., sofort oder 1. März gesucht.
Näheres in der Exped. d. Bl.

Junges Mädchen
in gute Stelle sofort gesucht. Näheres
Gehilfenstr. 10, dt. l.

Suche zum 1. April ein erfahrenes
Hausmädchen.
Frau Regierungsrat v. Rohrscheidt,
Zum 1. April ein tüchtiges

Mädchen
aus gutem Hause gesucht.
Hartmann Gollme bei Landsberg (Salle).

Mädchen,
welches Eltern die Schule verläßt, wird zum
1. April gesucht. Friedrichstraße 8 a.

Ein Mädchen,
welches Eltern die Schule verläßt, wird zum
1. April gesucht. Lindenstraße 2.

Junges Mädchen, welches Auf-
hat die Ballet- und Französischerei zu erlernen, stellt sofort od.
auch später ein
Anna Bergemann, Blumengeschäft,
Gottwardsteich 30.

Ein älteres Mädchen,
welches etwas kochen kann und Hausarbeit
übernimmt, wird zum 1. April gesucht von
Frau Justitia Baege.

Anständiges Dienstmädchen
zum sofortigen Eintritt gesucht
E. Pulvermacher, Burschfrage 6.
Ein ordentliches ehrliches

Dienstmädchen
wird für den 1. April gesucht.
C. Louis Zimmermann, Burschfrage 15.

Zum 1. April wird ein gewandtes solches
Dienstmädchen
gesucht. Jährliches Gehalt 150 Mark.
Unteraltenburg 44 I.

Ein Mädchen, welches zu Eltern die Schule
verläßt, wird als

Aufwartung
gesucht. Dammstraße 1, 1 Et.

Goldenes Kreuz
gefunden. Abgeholt Unteraltenburg 40.
Hierzu eine Beilage.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 19. Febr.) Der Reichstag hielt am Dienstag nur eine kurze formelle Sitzung ab, die der Alterspräsident, Abg. von Winterfeldt-Wenkstien leitete. Der Namensaufruf ergab die Anwesenheit von 365 Mitgliedern. Der Alterspräsident stellt die Verbindlichkeit des Reichstags fest und benannte die nächste Sitzung an auf Mittwoch, 1 Uhr mit der Tagesordnung: Wahl des 1., 2. und 3. Präsidenten, der Schriftführer und Laufstufen. Eingegangen sind beim Reichstag die Nachtragsetats für die Schatzgebiete für 1906, der Etatentwurf für das Deutsche Reich und die Schatzgebiete für 1907, sowie eine größere Anzahl Rechnungsabläufe.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 19. Febr.) Im Abgeordnetenhaus begann am Dienstag die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern. Abg. Febr. von Zedlitz (H) trat für eine Revision des Vereinsgesetzes, der Gewerbeordnung und des Kommunalabgabengesetzes ein und forderte zu einer Befristung der Sozialdemokratie durch entsprechende Revision der Arbeiter aus. Abg. Kellert (H) hat den Minister um Auskunft über die Affäre Schöne-Brodinien und regte die Übernahme der Forderungen für die gestrichelten Verbreiter auf den Staat an. Abg. Dr. Friedberg (AL) verlangte eine Reform des preussischen Wahlrechts, sprach sich aber gegen die Einführung des Reichswahlrechts in Preußen aus. Dem Wunsch an Revision des Kommunalabgabengesetzes, des Vereinsgesetzes und des Gewerbegesetzes ist sich an. Ferner sprach er sich für die Schaffung eines besonderen Unterministeriums aus. Minister v. Beckmann-Hollweg erklärte, daß die Situation, die durch die Reichstagswahlen geschaffen sei, die Verpflichtung auferlege, mit erhöhten Kräften zu arbeiten. Er sei bemüht, auf allen Gebieten seines Reichs zu helfen und zu decentralisieren. Weiter stellte der Minister die Revision des Vereinsgesetzes in Aussicht. Dann ging der Minister auf die Ausweisungen ein. Die Ausweisung von Verbrechern habe den Zweck, die Gesellschaft zu schützen, sie müsse aber individuell behandelt werden. Die Polizeiaufsicht müsse möglichst human gestaltet werden. Die im Falle Schöne-Brodinien kompromittierten Beamten seien zur Rechenschaft gezogen worden. Abg. Cassel (Fr. WpL) hob hervor, daß noch immer Ausländer ausgewiesen würden, obgleich die im vorigen Jahre vom Minister für die Ausweisung aufgestellten Voraussetzungen nicht zuträfen. Er trat der Ausweisung entgegen daß die Mitarbeiter der Sozialdemokratie sich von dieser zurück gezogen hätten und betonte, daß die Sozialdemokratie nur durch eine gute Gesetzgebung und durch genaue Handhabung der Verwaltung beherrscht werden könne. Der feindselige Gegner wies dringlich auf die Notwendigkeit der Revision des Vereinsgesetzes und der Einführung des Reichswahlrechts in Preußen hin und behauptete die Revision des Kommunalabgabengesetzes und der Gewerbeordnung. Dann befragte er entschieden die Wahlbeeinträchtigung durch mehrere Landräte. Abg. von Gallinski (Hole) befragte sich über die Beeinträchtigung der Versammlungsfreiheit der Polen durch die Behörden. Minister v. Winterfeldt-Wenkstien antwortete, daß die von den Behörden erlassenen Einzelakte nicht bekannt seien. Am Mittwoch wird die Beratung fortgesetzt. Außerdem stehen seine Vorlagen auf der Tagesordnung.

Die konservativ-liberale Mehrheit des Reichstags beschloß am Dienstag laut Werbung der „Abg. Ztg.“ für das Reichstagspräsidium dem konservativen Abg. Grafen Stolberg, den national-liberalen Abgeordneten Paasche und den freisinnigen Abgeordneten Kaempf vorzuschlagen. Das Zentrum, das den Freiherren von Hertling als Präsidenten vorschlägt, wurde ausgeschlossen. Viele wünschten aber, daß an Stolberg Stelle Fürst Haffel zum Präsidenten gewählt werde. Darüber wird in der heutigen Sitzung des Reichstags entschieden werden.

Die Fraktion der Freisinnigen Volkspartei trat am Dienstag nachmittags nach der Plenarsitzung des Reichstags zu einer Sitzung zusammen. Die Fraktion nahm ihre Konstituierung vor und wählte zu Vorsitzenden die Abgg. Kaempf, Müller-Meinigen und Dr. Wiemer, zu Schriftführern die Abgg. Dr. Mugdan und Sommer. — Hierauf wurde über die Frage der Präsidentenwahl verhandelt, sowie über die Vertretung der Fraktion im Emirententomben und im Vorstand des Reichstags. Daraus schloß sich eine eingehende Verhandlung über die Frage des Zusammenwirkens der drei linksliberalen Fraktionen im Reichstag.

Von den elfsässigen Abgeordneten werden, wie nach der „Germ.“ in parlamentarischen Kreisen verlautet, die Abgg. Bundersee, Dr. Will, Haus und Hoen der Zentrumsfraktion des Reichstages sofort als Mitglieder beitreten, während der Abgg. Weierle, Deffor Wülberger und Klein vorläufig als Hospitanten sich der Zentrumsfraktion anschließen wollen. Auch der elfsässige Abg. Preis (Protestant) hat dem Wunsch Ausdruck gegeben, dem Zentrum zugehört zu werden.

Der Reichsetat für 1907 und die beiden südwestafrikanischen Nachtragssetats, enthaltend die Ausgaben aus Anlaß des Eingeborenen-Aufstandes und die erste Rate für den Eisenbahnbau Uderbüsch-Kubus sind dem Reichstag am Dienstag sofort wieder zugegangen. Der erste Nachtragsetat für Südwestafrika fordert abermals 29.220.000 Mk. Für die bereits ausgegebenen Mittel verlangt die Regierung vom Reichstage nachträglich 20 Millionen. Der zweite Nachtragsetat fordert 8,9 Mill. Mk. als erste Rate zum Bau der Eisenbahn Kubus-Keemanshoop. Diese Vorlage war von der Budgetkommission

des alten Reichstags in Prinzip genehmigt worden, aber mit der Maßnahme, daß die Kosten für die Bahn in Form eines der Kolonie zu gewährenden Darlehens aufgebracht werden sollten, das die Kolonie in bestimmten Raten zurückzahlen habe. Hierauf ist die Regierung eingegangen und hat demgemäß dem Reichstage einen Gesetzentwurf betr. die Gewährung eines Darlehens an das südwestafrikanische Schutzgebiet vorgelegt.

Die Zahl der Proteste gegen die diesjährigen Reichstagswahlen wird, wie wir bereits vor kurzem erwähnt und näher begründet haben, eine verhältnismäßig geringe sein. Bis Dienstag waren beim Bureau des Reichstags erst 11 Proteste eingegangen und zwar gegen die Gültigkeit der Wahlen der Abgg. Koelle-Goeslar (Mittelst.-Bg.), Neumann-Hofer, Lippe-Deinold (Gosp. der Freis. Bg.), Pauli-Oberbarnim (Freis.), Wachhorn de Wente-Melle-Dieploh (natl.), Rieseberg-Wangelten (Mittelst.-Bg.), Schwarz-Lübke (Soz.), Hufnagel-Schwabach (kons.), Wilde-Torgau (natl.), die Wendel-Dietenhofen (Natl.), Dr. Will-Strasburg-Land (Herf. Gf.) und Wiltberger-Wägenburg (Fr.). — Die gesetzliche Frist für die Einreichung der Wahlproteste läuft zwar erst in acht Tagen ab, doch sind Protestanmeldungen in größerer Zahl wohl kaum noch zu erwarten.

Provinz und Umgegend.

Halle, 19. Febr. Den Stadtverordneten ist eine Vorlage des Magistrats zugegangen, wonach die 5. Abteilung der neuen Kanalanlage in Höhe von 2 Millionen Mark begeben werden soll. Die Verzinsung ist auf 4 Proz. festgesetzt und mit der Tilgung soll von 1912 an begonnen werden. — Seit 12 Jahren galt in Leisla der Matrose Paul Lehmann als verschollen; 1902 wurde er für tot erklärt. Neulich ist er zum Erstaunen seiner Verwandten gesund und munter in die Heimat zurückgekehrt.

Torgau, 19. Febr. Ein graufiger Fund wurde in dem abgebrannten Stalle des Dreiviertelers Hofmann in Senf gemacht. Bei den Aufräumarbeiten kam eine männliche Leiche zum Vorschein, deren Vorhandensein durch den Brandstiftung bisher bedekt worden war. Der Kopf und die Füße waren bis zur Unkenntlichkeit verkohlt, so daß es bisher nicht gelungen ist, die Persönlichkeit des Verunglückten festzustellen. Vermutet wird, daß er der vermisste Kustiger Peit von Senf ist, der zuletzt in Bergwitz in Diensten stand. Allerdings ist es vollkommen rätselhaft, wie der Mann in den Stall gekommen ist, und in welchem Zusammenhang er mit dem Feuer steht. Neben der Leiche lagen Jagdgewehr und Patronen.

Stendal, 19. Febr. Bei der Wahl eines Ersten Bürgermeisters der Stadt Stendal wurde der bisherige Zweite Bürgermeister Dr. Schütze mit 22 von 36 Stimmen gewählt. Bürgermeister Voigtel-Brandenburg erhielt 14 Stimmen.

Hennig, 18. Febr. Ein Kutscher der Spirituosenfabrik von Wülfinger in Verbunz fuhr am Sonntagabend spät abends dadurch, daß er vom rechten Wege abkam, mit seinem Gesährt in die Bode und ertrank. Die Pferde konnten mit vieler Mühe gerettet werden. Die Leiche des Kutschers ist noch nicht gefunden.

Sondershausen, 20. Febr. Montag früh erschloß sich der beim hiesigen 1. Bataillon des 71. Infanterie-Regiments dienende Einjährig-Freiwillige Bruns. Die Verenggründe, welche den jungen, hoffnungsvollen Menschen, welcher Techniker war, zum Selbstmord trieben, sind noch unbekannt.

Sondershausen, 19. Febr. Der gestern ausgegebene 38. Krankenbericht über das Befinden des Fürsten lautet: In dem Zustand Er. Durchlaucht hat sich in letzter Woche nichts geändert. ge. Dr. Bayer.

Hainichen (Saachsen), 19. Febr. Wegen des Verdachtes, ihr 10 Monate altes Kind vergiftet zu haben, wurde hier die Tischlerwitwe Berndt polizeilich festgenommen. Am Sonntagabend wurde die Leiche des Kindes wieder ausgegraben. Die im Beisein des Kreisrichter Staatsanwaltes von dem Bezirksrat und dem hiesigen Gerichtsarzte vorgenommenen Section ergab, daß das Kind mit grüner Chromfarbe vergiftet worden ist.

Blauen i. V., 19. Febr. Durch eine Windstbräut mit mächtigem Schneegestöber sind im oberen Voglande großer Schaden und Verheerungen entstanden. Auf der Linie Worf-Kobach-Blg sind die Hügel im Schnee festes geblieben. Der Betrieb ist eingestellt.

Gotha, 18. Febr. Zur Erinnerung an die vor 100 Jahren unter dem Zwange Napoleons erfolgte Gründung des Regiments „Herzöge von Sachsen“, aus dessen Bataillonen das hier und in Koburg und Hildburghausen garnisonierende 6. Thüringische Infanterie-Regiment Nr. 95 herorgegangen ist, fand die Hauptgebirgsmeister am Sonntag und Montag hier statt. Wohl an 2500 ehemalige Angehörige dieses Regiments, darunter sehr viele Offiziere der verschiedenen Garnisonen und Waffengattungen, trafen im Laufe des Sonntags hier ein. Herzog Karl Eduard von Koburg und Gotha, neben Herzog Georg von Meiningen Chef des Regiments, sah sich leider genötigt, sich den Veranstaltungen fernzuhalten, da er seit einiger Tagen an einer heftigen Kopferkältung leidet und das Bett hüten muß. Die Feierlichkeit begann am Sonntag nachmittags mit einer Festvorstellung im Hoftheater, wo das von Hans Jäger, dem Redakteur des „Koburg. Tagbl.“ verfaßte Festspiel „100 Jahre in Ehr und Ruhm“ zur Aufführung gelangte. Hierauf vereinigten sich die aktiven und ehemaligen Offiziere und Mannschaften in verschiedenen Lokalen. Ein großer Zapfenstreich beschloß den ersten Tag. Den Hauptfesttag, den Montag, leitete ein allgemeines Weken ein. Hierauf wurden Kränze niedergelegt am Kriegereidmal und auf den hiesigen Kriegereidern. Im Namen des Regiments wurden außerdem die Denkmäler und Kriegereidern bei Langensalka, Humbelt und Wörth mit Kränzen geschmückt. Im Laufe des Vormittags fand Gottesdienst statt. Hierauf war in Gegenwart der Herzogin Viktoria Adelheid und der übrigen Gäste auf dem Greizerpark Parade. Nachmittags gab die Stadt Gotha allen ihren Gästen in verschiedenen Lokalen ein Festmahl, dem sich abends die Feiern der einzelnen Kompagnien anschlossen. Die Stadt Gotha trägt zu Ehren ihres Regiments reichen Flaggen- und Girlandenschmuck. Morgen abend traf zum ersten Male seit dem Regierungsantritt des Herzogs Karl Eduard die Herzoginwitwe Marie und Prinzessin Beatrice von Koburg hier ein und nahmen im Schlosse Friedenstein Wohnung.

Leipzig, 20. Febr. Tödlich verunglückt bei Ausübung seines Berufes ist am Sonnabend in der ersten Abendstunde auf dem Freilichtbahnhofe der zu Laucha a. U. geborene Kanigier Friedrich Karl Erfurth. Der Unglücksfälle geriet beim Zusammenstoß zweier Wagen zwischen die Räder, wobei er todsicherlich wurde.

Leipzig, 20. Febr. König Friedrich August ist Montag abend zu mehrtägigem Aufenthalt hier eingetroffen. Am Dienstag begab er sich mit den Herren seiner Begleitung nach Leipzig-Gohlis zur Beschäftigung der Schokoladenfabrik von Felsche. Von da zu Wagen nach dem Diakonissenbause zu Leipzig-Vinnaun, wo er eine Stunde verweilt. Im Aufgange wurde der König in der Wandelhalle durch stürmische Donationen der versammelten Studentenchaft begrüßt, und es wurde ihm durch den gesamten akademischen Senat, an der Spitze der Rector magnificus Geh. Medizinalrat Dr. Gurschmann, ein feierlicher Empfang bereitet. Der König hörte darauf im Auditorium einen Vortrag von Professor Dr. Seeliger über die Salischen Kaiser und später eine Vorlesung des Geheimrats Dr. Friedberg aus der Kirchengeschichte.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 21. Februar 1907. Der Bezirkskommandeur des Landwehrbezirks Weisenfels, Oberstleutnant z. D. Viktor von Gilsa in Weisenfels, Ritter des Eisernen Kreuzes zweiter Klasse, ist Dienstag früh plötzlich am Herzschlag gestorben. Das Offizierskorps des Landwehrbezirks, zu dem bekanntlich auch der Kreis Merseburg zählt, rühmt dem seit September 1905 dem Bezirk vorstehenden Offizier einen vornehmen ritterlichen Charakter nach, der ihm das Vertrauen und die Verehrung aller seiner Untergebenen und auch die aufrichtige Hochachtung aller Zivilpersonen erworben hat, die zu ihm in Beziehung getreten sind. ** Zur Erhöhung der Seifenpreise. Die am Donnerstag in Halle a. S. abgehaltene Versammlung der Seifenfabrikanten Mitteldeutschlands, die die allgemeine Lage der Seifenindustrie zum Beratungsgegenstand hatte, einigte sich dahin, einen Preisausschlag sowohl für Kern- als auch für Schmierseifen von durchweg 3 bis 5 Mark für den Zentner je nach der Sorte einzutreten zu lassen. Die Maßnahme wurde in der Versammlung wie folgt begründet: Die anwandernde enorme Haufe in allen zur Seifenfabrikation benötigten Rohstoffen haben Verhältnisse geschaffen, die auf die Dauer unhaltbar wären. Wenn auch die Seifenpreise seit Monaten bereits eine progressive Steigerung erfahren

hätten, so sei dies noch nicht in so hinreichendem Maße geschehen, wie mit der sprunghaften Verteuerung der Rohstoffe in analogem Verhältnis stände. Die Erhöhung entsprechende noch nicht im vollen Maße der Verteuerung der Rohstoffe. Man habe geglaubt, die Erhöhung der Seifenpreise noch in maßvollen Grenzen halten zu müssen in Rücksicht darauf, daß einige Kontrakte noch zu mäßigeren Rohstoffpreisen laufen. Es sei jedoch nur eine Frage weniger Wochen, daß auch diese Schlüsse abfordern werden, und dann die heutigen Tagesnotierungen in Kraft treten. Eine Kalkulation auf Basis dieser Preise rechtserlöse aber dann auch eine entsprechend höhere Forderung für die Eisenprodukte. In befallung vier Wochen solle wiederum eine Versammlung einberufen werden, die sich mit der Revision der heute in Kraft getretenen Preise zu befassen haben wird. Da keine Aussicht besteht, daß die Forderungen für Rohmaterial zurückgehen werden, so sei nach Ablauf der vierwöchigen Frist mit der Wabschließung einer weiteren Verteuerung zu rechnen.

Einmalige Hauskollekte für das Paul Gerhardt-Gedenkhäus in Gräfenhainichen. Am 12. März 1907 sind es 300 Jahre, daß Paul Gerhardt in Gräfenhainichen geboren wurde. Sowohl die deutsche Junge Kling, wird das Jubiläum unseres größten Kirchenliederdichters gefeiert werden in Stadt und Land, von reich und arm. Unsere Provinz, zu der der Heimatort des Dichters gehört, darf ihn den Ehren nennen; es ist daher ihre Ehrenpflicht, an seinem 300. Geburtstag in besonderer Weise seiner zu gedenken. Es ist in Aussicht genommen, in Paul Gerhardt's Geburtstags Gräfenhainichen ein Gedächtnisfest seines Namens zu stiften. Nicht ein Denkmal in Erz oder Marmor soll es sein, sondern ein Gedenkhäus, das mit bescheidenen Mitteln, aber in würdiger Weise das Andenken Paul Gerhardt ehrt. Das Häus soll aber auch praktischen Zwecken dienen. Es soll der Gemeinde-Diakonie und anderen Betätigungen der bescheiden und reichenden Liebe in Stadt und Umland ein Heim bieten. Die städtischen Behörden haben in entgegenkommender Weise die Mittel zum Ankauf eines Bauplatzes zur Verfügung gestellt. Das Komitee bittet herzlich: Jeder, der durch Paul Gerhardt's Lieder gesegnet worden ist, gebe ein Dankopfer zur Ehrung des Liederdichters an seinem 300. Geburtstag. Unterzeichnet ist der Aufsatz u. a. von nachstehenden Herren: v. Böttcher, Staatsminister, Oberpräsident a. D. Bartels, Landeshaupmann, Merseburg. v. Borstell, Oberregierungsrat, Merseburg. Guben, Regierungs- und Schulrat, Merseburg. Graf Hohenbalk, Döllau, Kreisober v. b. Rede, Regierungs-Präsident, Merseburg.

Merseburg ist im Spätherbst mit Ereignis (Kreis Weiskirchen) zugelassen, wo eine öffentliche Fernsprechkonferenz eingerichtet worden ist. Die Gebühr für ein Gespräch von 3 Minuten Dauer beträgt 25 Pf.

Festlicher Sturm herrschte in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch und am Mittwoch vormittag, der zum Teil bedeutenden Schaden angerichtet hat. In einigen Gebäuden, die den vollen Winddruck auszuhalten hatten, sind Fensterhebeln glatt eingedrückt worden. Auch die Telefonleitungen sind mehrfach beschädigt worden. Ein ungewöhnlicher Barometersturz kündigte die gewaltigen Luftbewegungen, die aus allen Teilen Deutschlands gemeldet werden, an. Begleitet war das Wetter von einem ziemlich heftigen Regen, der später in starken Schneefall überging. Das Thermometer fiel im Laufe des Tages von 7-8 Grad R. Wärme bis auf den Gefrierpunkt. Unglücksfälle infolge des Sturmes, der gegen Mittag etwas abflaute, sind bis jetzt hier nicht bekannt geworden.

Das Tauwetter der letzten Tage macht sich bereits bemerkbar. Der Wasserstand der Saale ist fortgesetzt in erheblicher Weise gesunken. Es ist deshalb, sofern nicht über Nacht Frostwetter eintreten sollte, mit Hochwasser zu rechnen, da auch von der oberen Saale, der Ansturm und Eifer starkes Steigen des Wasserstandes gemeldet wird.

Am Dienstag Abend wurde in der Delgrube ein Kranke, der ein dort lebendes Pferd ohne Erlaubnis des Geschäftsführers betastete, von dem Tiere mit dem Hufe geschlagen. Glücklicherweise kam der vorwitzige Bengel mit blauen Flecken am Körper davon.

Feuerlärm verübte am Mittwoch nachmittag gegen 2 Uhr der Führer unserer Stadtfire. Er brannte wieder einmal in der Papierfabrik Königsmühle und zwar in dem Gebäude gegenüber der alten Wasserleitung in der oberen Etage. Kurze Zeit nach dem Feuerlärm rüdte die Brandische Fabrikfeuerwehr und auch die städtische freiwillige Feuerwehr nach dem Brandplatz, wo bereits die Feuerwehr der Papierfabrik mit dem Löschen des Brandes beschäftigt war. Nach circa 1 1/2 stündiger Arbeit konnte der Brand, der sofort nach Ausbruch durch die voraus-

liegenden Sicherheitseinrichtungen der Fabrik lokalisiert worden war, gelöscht werden. Nennenswerten Schaden hat das Feuer nicht verursacht und wird man in dem vom Brand betroffenen Teil voraussichtlich schon heute die Arbeit wieder aufnehmen können. Wie das Feuer, das einen ungewöhnlich starken Rauch entwickelte und deshalb für die Feuerwehrmannschaften teilweise gefährlich wurde, entstanden ist, konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden. Eine große Menschenmenge hatte sich wieder die üblich am Brandplatz eingefunden.

Das Weltpanorama in der Kaiser Wilhelm-Halle führt seinen Besuchern in dieser Woche eine Bilderreihe aus der schönen Steiermark vor. Viele kennen dieses Land, denn seine Berge, Wälder und Wälder, seine Schlösser und Ruinen auf hohen Gipfeln, seine lieblichen Ortschaften in den Tälern mit den freundlichen, hieheren Bewohnern locken alljährlich Tausende von Touristen und Sommerfrischlern herbei, um hier in reiner Bergluft Erholung und neue Lebenskraft zu suchen. Schon der Anblick all dieser herrlichen Landschafts- und Städtebilder wirkt erquickend und mancher, der bisher nur die Schweiz, Tirol und Salzburg bei seinen Reiseplänen berücksichtigt, wird sich sagen müssen, daß es sich wohl verlohnt, auch dieses prächtige Gebirgsland einmal aufzusuchen. Die Serie ist nur noch bis Sonnabend abend ausgelegt und darum besuche sich jeder, der sich für Steiermark interessiert, mit seinem Besuch des Panoramas.

Aus dem Merleburger und benachbarten Kreisen.

d. Geusa, 20. Febr. Mit der auftragsgemäßen Verwaltung der seit 1. Dezember a. p. vakanten hiesigen Lehrer- und Küsterstelle ist Herr Schulamtskandidat Braune von der königlichen Regierung betraut worden. Da dieser Herr vom 1. April ab seiner Militärpflicht genügt, sieht sich schon wieder eine Vakanz bevor. Die Vertretung der bisher offenen Stelle hatten die Herren Lehrer aus Hensdorf und Wölfen übernommen.

Mücheln, 19. Febr. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde die Bewilligung eines Zuschusses in Höhe von 16000 Mk. für die Weiterführung der Bahnhöfe Mücheln-Duerfurt abgelehnt. Ebenso ein Antrag des Elektrizitätswerkes auf Erhöhung der Pauschalumme für die städtischen Belegungen wurde beschlossen. Schließlich wurden nachträglich die Kosten für die Reparatur des Friedhofsbrennens bewilligt. — Die Ablehnung des Beitrages für die Verlängerung der Bahnhöfe Mücheln-Duerfurt dürfte namentlich in den übrigen Interessentenkreisen Verwunderung hervorrufen und dies um so mehr, da doch kleinere Gemeinden bereits ansehnliche Summen für den Bahnbau bewilligt haben. Wenn die Interessenten alle so wenig Entgegenkommen zeigen würden, so dürfte es nicht verwunderlich erscheinen, wenn der Bahnbau, der doch zweifellos eine wichtige Verkehrsverbesserung darstellt, überhaupt in Frage gestellt wird.

Wetterwarte.

Voraussichtliches Wetter am 21. Febr.: Starke bis stürmische Winde von W. bis NW. mit veränderlichen Sonnenschein wechseln mit Niederschlägen ab; kalterer Wetter und Regen und Graupelschauern; vereinzelte Gewitter nicht unwahrscheinlich.

22. Febr.: Früh heitere, trockene, neblige Temperatur vor Null; später trüber, wolkiger, etwas wärmer, windiger, etwas Niederschläge.

Gerichtsverhandlungen.

In dem Prozeß Simon-Mehring vor dem Lebziger Schöffengericht verurteilte der Gerichtshof am Montag Dr. Mehring zu zwei Wochen, den verantwortlichen Redakteur der „Leipz. Volkszeitung“ Kresslin zu einem Monat, den Redakteur Seeger, welcher die Nummer der „Leipziger Volkszeitung“ mit den der Anlage zugrunde liegenden Belegungen des Dr. Simon verantwortliche gezeichnet hatte, zu 2 1/2 Tagen Gefängnis. In der Urteilsverlesung Kresslin wegen Beleidigung wurde Dr. Simon zu einer Geldstrafe von 50 Mark eventuell 15 Tagen Gefängnis verurteilt, in der Urteilsverlesung Mehring dagegen freigesprochen. — In der Urteilsverlesung Mehring heißt es, daß die Artikel der „Leipz. Volkszeitung“ schwere Beleidigungen gegen den Privatkläger enthielten, indem sie ihn der moralischen Verwundung bezichtigten und einen ehrenrührigen Ruf an ihm anbrachten. Das sind natürlich Beleidigungen. Der Nachweisbeweis ist nicht gelungen und konnte die Behauptung einer solchen Bestimmung gar nicht bewiesen werden. Es kann also nicht unterstellt werden, und ist auch von Dr. Simon selbst angegeben, daß er selbst häufig beleidigt hat. Aber er hat niemals in so schwerer Form beleidigt. Den Angeklagten, wichtigsten Dr. Mehring und Kresslin ist zugute zu rechnen, daß sie beim Niedererschreiben der Artikel ernst waren, denn es ist wohl eine Veranlassung gemacht hat, die dahin verstanden werden konnte, daß er noch niemals jemandem beleidigt hat, was nicht den Tatsachen entspricht. Zuungunsten der Angeklagten Kresslin und Seeger ist anzunehmen, daß sie mit Gelangnis

vorbestraft waren, zuungunsten aller drei Angeklagten, daß der Simon ein sehr großes Verbrechen war, und daß die „Leipziger Volkszeitung“ in ihrem Abhandeln wegen Verbrechen Simon wiederholt bestraft worden ist. In der Klage gegen Kresslin hat Dr. Simon denjenigen als Strafbekannt bezeichnet, worin eine formelle Beleidigung zu erwidern ist. In Anbetracht dessen aber, daß die Beleidigung gegenüber den schweren Beleidigungen der Angeklagten nicht so sehr in das Gewicht fällt, war der Privatkläger nur mit 50 Mk. Geldstrafe zu bestrafen, dagegen wegen Beleidigung des Dr. Mehring freigesprochen. Zusätzlich hat die „Leipziger Volkszeitung“ und die sozialdemokratische Presse, was gerichtlich ist, Propaganda für die Feier des 21. Januar, den sogenannten „roten Sonntag“, gemacht. Es steht nach Aussage des Polizeipräsidenten Henninger fest, daß zwar der Sonntag ruhig verlaufen ist, es ist aber geschicklich, daß ein Mißverständnis zwischen den Angeklagten und dem, was geschähen ist, vorhanden war. Die Mehring das Maul weit aufgerissen habe. Dr. Simon hat dieses ironisch gemeint und erklärt das für einen volkstümlichen Ausdruck; es ist deshalb in dieser ironischen Bemerkung keine Beleidigung zu erwidern.

Vermischtes.

Der Postdiebstahl in Hamburg. Der Postbote Heinrich Wosch hat eingeschlagen, einen Geldbrief mit 2500 Mark Inhalt aus dem Postamt entwendet zu haben. Etwa 1000 Mark hat er verjubelt, den Rest fand man in einer Dose im Keller des Postamtes versteckt vor.

Zwei Dörfer im Kriege. Von einem mit echt spanischer Leidenschaft ausgetragenen Bürgerkrieg wird aus Madrid gemeldet. Zwischen den Christlichen Gullig und Gerbera in der Provinz Castellano ist ein regerlicher Bürgerkrieg wegen Benutzung einer Landstraße ausgebrochen. Die Wege durch einen 12 Meilen breiten Graben unpassierbar gemacht. Die Gullig ermordeten dabei wieder den Richter von Gerbera, die Gerberer zogen gegen Gullig, um Rache zu üben. Viele Personen wurden schwer verwundet, die Gendarmarie ist machtlos, die Gloden von Gullig läuten Sturm, die Häuser sind verbaracktet.

Die städtische Belegung (Wojna Carducci) eines belischen italienischen Dichters, hat unter Teilnahme einer ungeheuren Menschenmenge am Montag in Bologna stattgefunden. Wegen der Nationaltrauer um den Dichter waren die Läden geschlossen. Überall waren Trauerfabriken gehängt. Die Straßenlaternen längs des Weges, den der Zug nahm, waren angezündet und mit schwarzen Schleiern umhüllt. Der Straßenbahnverkehr war eingestellt. Eine ungeheure Menge hatte Straßen, Plätze, Balkone und Fenster. Der Graf von Turin als Vertreter des Königs begab sich logisch nach seiner Ankunft in das Haus Carducci, um der Familie das Beileid des Königs auszusprechen. Um 2 Uhr nachmittags setzte sich der Zug, an dem Abgeordnete, Beamte, Professoren, Studenten, Abordnungen der Stadtvertretungen und Truppen teilnahmen, in Bewegung. Die Menge lag dicht gedrängt und erblindete Spektakel vorüberziehen. Die Musikanten spielten nicht, man hörte nur die historische Klänge des Nationalhymnen. In der Mitte von vier Pferden gezogenen Kutschenwagen gingen Studenten, hinter ihm der Graf von Turin, Unterrichtsminister Rava, die Präsidenten des Senats und der Kammer, viele Senatoren, Deputierte, Generale, Admirale und hohe Beamte. Der ganze Kilometer lange Zug durchzog die Stadt bis zum Waldhölzchen, wo er sich auflöste, während der Belegungen bis zum Karlsruher-Bahnhof, wo die Belegung erfolgte. (Meyer ein Bombenattentat) wird aus Neuchâtel (Schweiz) berichtet: In das Schloßzimmer einer Bürgerfamilie wurde in der Nacht zum Dienstag ein mit Pulver gefülltes Eisengeschäß mit brennender Zündschnur geschleudert. Den erschrockenen Bewohnern gelang es, die Zündschnur zu entfernen, so daß ein großer Unglück verhütet wurde. Ueber die Ursache zu dem Attentat ist nichts bekannt.

Ausland in Böhmen. In dem Fabriksort Dörfel bei Reichenberg sind 1100 Arbeiter der Maschinenfabrik Leber & Wolf wegen Lohnbesserung in den Ausstand getreten. In Nordböhmen ist die Ausstandsbewegung im Zunehmen begriffen.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 20. Febr. (S. T. W.) Bei der heute vorgenommenen Wahl des Reichstags-Präsidenten wurde Graf Stolberg (kon.) mit 214 von 383 abgegebenen Stimmen zum Reichstags-Präsidenten gewählt. Der Abg. Spahn (Zentrum) erhielt 164 Stimmen. Zum ersten Vizepräsidenten wurde der Abg. Paasche (Radik.) mit 209 bei 167 Stimmenthaltungen gewählt. Graf Stolberg nahm das Amt an, obwohl es, wie er bemerkte, unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen mit Schwierigkeit zu führen sein werde, doppelt schwierig und doppelt verantwortlich sei es für den Amtsnachfolger eines so hoch begabten und schlagfertigen Präsidenten, wie es sein Vorgänger gewesen.

Waren- und Produktenbörsen.

Berlin, 19. Febr. Weizen 1000 kg Weiz 188.50, Juli 189.50, Sept. 184.75, Mt. Roggen 1000 kg Weiz 178.25, Juli 179.75, Sept. 167.50, Mt. Hafer 1000 kg Weiz 176.25, Juli 178.25, Mt. Weiz 8 1000 kg Weiz 182.50, Juli 189.75, Mt. Weiz 8 1000 kg Jan. —, Mt. Weiz 63.90, Mt. 66.80 Mt.

Es gehen hier am Schluß bestellte rege Kaufkraft für Getreide eintrug sich trotz der letzten Depeschen aus Nordamerika heute nicht. Nur nach Entgegenkommen des Angebotes entwickelte sich möglicher Umweg im Weizenhandel mit Weizen, Roggen und Hafer. Geschäftliches Getreide war praktisch offeriert und wird fest gehalten. Müllert hat sich im Werte wenig verändert. Wetter: schön.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von E. H. Wöhrner in Merseburg.

Auf zur Kreistagswahl!

Wie wählen wir zum Kreistage?

Am 25. Mai wird der neue Kreistag gewählt. Wahlberechtigt ist:

1. der Wahlverband der Städte, der die Städte Merseburg, Lützen, Schkeuditz und Schafstädt-Lauchstedt umfaßt, und
2. der Wahlverband der Landgemeinden, zu dem alle Landgemeinden und die noch nicht eingemeindeten Gutsbezirke gehören.

In den Städten werden die Kreistagsabgeordneten von den Stadtverordnetenversammlungen gewählt, und zwar in Merseburg und Schkeuditz, die mindestens 3 (Merseburg 8 und Schkeuditz 3) Abgeordnete zu wählen haben, nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Lützen und Lauchstedt-Schafstädt wählen je 2 Abgeordnete. In diesen Orten ist gewählt, wer die absolute Mehrheit hat.

Im Wahlverband der Landgemeinden wird auf zweierlei Weise gewählt. Da in unserem Kreise auf 2358 Einwohner ein Abgeordneter entfällt, stellt Papitz mit 2519 Einwohnern einen Abgeordneten, der durch die Gemeindevertretung zu wählen ist.

Alle übrigen Landgemeinden

wählen 22 Abgeordnete im Wege der allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlen nach der Grundsätzen der Verhältniswahl. Jeder Wähler hat eine Stimme. Wahlberechtigt sind alle im Besitze der deutschen Reichsangehörigkeit und der bürgerlichen Ehrenrechte befindlichen Männer und Frauen, welche das zwanzigste Lebensjahr vollendet haben, im Kreise seit sechs Monaten ihren Wohnsitz haben und weder entmündigt sind, noch unter vorläufiger Vormundschaft stehen. Wohnsitz im Kreise hat jeder, der in ihm eine Wohnung unter Umständen inne hat, die auf die Absicht einer dauernden Beibehaltung schließen lassen.

Auf dem Lande wird gewählt wie bei den Wahlen zur verfassunggebenden deutschen und preussischen Nationalversammlung.

Dieses Wahlverfahren hat die preussische Regierung auf dem Wege der Verordnung bestimmt. Damit hat sie etwas getan, was gar

nicht demokratisch

ist. Das preussische Volk hat sich am 26. Januar eine verfassunggebende Landesversammlung gewählt. Die Regierung aber ordnete die Neuwahlen an, ohne die gewählten Vertreter des Volkes zu fragen. Das ist

undemokratisch.

So undemokratisch wie die Handlungsweise der Regierung ist auch

das Gesetz selber.

Bei demokratischen Wahlen soll die Meinung der gesamten Bevölkerung unverfälscht zum Ausdruck kommen und die Minderheit ihre Vertretung finden. Was bringt aber die neue Verordnung? Sie legt in den Städten das Wahlrecht in die Hände der Stadtverordneten und unterdrückt in Lützen, Schafstädt-Lauchstedt und Papitz die Minderheiten. Die Deutsche demokratische Partei hat in der preussischen Landesversammlung durch unseren Abgeordneten Schreiber (Halle) einen Änderungsantrag begründen lassen, der aber leider nicht mehr befolgt wurde.

Was hat der Kreistag zu tun?

Er verwaltet das Kreisvermögen und bestimmt über die Ausgaben des Kreises; er setzt die Höhe, sowie die Art der Verteilung und Aufbringung der Kreisabgaben fest; er stellt den Kreishaushaltsplan fest und erteilt hinsichtlich der Jahresrechnung Entlastung. Das geht jeden Steuerzahler an. Die Kreissteuer wird nicht vom einzelnen Steuerzahler entrichtet, sondern von den Gemeinden und Gutsbezirken als Ganzes aufgebracht. Daher weiß kein Steuerzahler, was er an Kreissteuern tatsächlich bezahlt, nur den Besitzern von Rittergütern, die einen eigenen Gutsbezirk bilden, ist bekannt, wieviel sie für ihren Gutsbezirk an Kreissteuern aufzubringen haben. Ebenso wenig erfuhr bisher der einzelne Kreiseinwohner, wie das durch Steuern aufgebrauchte Geld verwandt wurde, noch viel weniger

hatte er einen Einfluß auf die Verwendungsart, weil die bisherige Wahlordnung eine wirksame Kontrolle völlig unmöglich machte, denn die Wahlen fanden sozusagen unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt und ohne daß die Stimme des Einzelnen als Wähler zur Geltung kam.

Der Kreistag erstattet ferner Gutachten über alle An gelegenheiten, die ihm zu diesem Zwecke von den Staatsbehörden überwiesen sind.

Dazu gehören jetzt vor allem die

kriegswirtschaftlichen Maßnahmen.

Die Not des Krieges hat zur

Zwangswirtschaft

geführt, deren Abbau nur langsam vor sich geht. Deshalb haben Erzeuger und Verbraucher ein lebhaftes Interesse daran, auch durch Sachverständige aus ihren Reihen, das sind

mittlere und kleine Landwirte, Gewerbetreibende, Fleischer usw.

im Kreistage vertreten zu sein.

Aufgabe des Kreises ist auch die Beschaffung gesunder

Wohnungen.

Der nächste Kreistag hat über die Aufbringung von großen Mitteln zu beschließen für die Rentenguts-gesellschaft Merseburg, die Ansiedlungen in Großlehna, Schafstädt, Köhlschau und im Weiseltale, sowie eine Vergrößerung der Gartenstadt Schlopau plant. Darum Augen auf, damit die Interessen der Allgemeinheit gewahrt werden!

Der Kreistag hat aus der Zahl der Angehörigen der einzelnen Amtsbezirke die zu dem wichtigen Amt des Amtsvorstehers geeigneten Personen dem Oberpräsidenten vorzuschlagen; er ist berechtigt, für die Besetzung des erledigten Landratsamts geeignete Personen in Vorschlag zu bringen; er wählt die Mitglieder des Kreis-Ausschusses und die auf den Kreis entfallenden Abgeordneten zum Provinziallandtag.

Damit erstreckt sich die Tätigkeit des Kreistages u. a. auf die Ausübung der Jagdpolizei, die Regelung der Jagdpachtangelegenheiten, die Entscheidung bei Streitigkeiten zwischen Gemeindevorstand und Gemeinde, auf den Schutz der Kreiseingesessenen in ihren Rechten gegenüber Willkürakten der Behörden.

Bisher bereitete der Kreis-Ausschuß alles vor, und der Kreistag brauchte nur Ja und Amen zu sagen. Das muß anders werden. Der Kreistag beschließt und der Kreis-Ausschuß hat die Beschlüsse auszuführen.

Wenn die Amtsvorsteher auf Vorschlag des Kreistages bestimmt werden sollen, dann ist es ein Übel, wenn die Amtsvorsteher die Kreistagsabgeordneten gewissermaßen ernennen wollen.

Der Wähler soll seinen Willen zum Ausdruck bringen.

Wen wählen wir in den Kreistag?

Wir wählen

keinen Sozialdemokraten.

Die Sozialdemokratie erstrebt die Ver wandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln

Grund und Boden,

Gruben und Bergwerken, Rohstoffen, Werkzeugen, Maschinen und Verkehrsmitteln — in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion. Das Ideal der sozialistischen Landwirtschaft ist der

Großbetrieb.

Der Besitz an Grund und Boden geht in die Hände der Gemeinde, des Kreises oder des Staates über.

Wie sich die Sozialdemokratie die

sozialistische Urgemeinde

denkt, beschreibt Georg Ledebour, einer der Führer der unabhängigen sozialdemokratischen Partei:

„Die sozialistische Einrichtung, in der die Gesamtheit der Bewohner in

gemeinsamer Versammlung

stets und ständig zu entscheiden hätte über die Gesamtwirtschaft, über die Arbeitsweise, über die Betriebsform, bedingt, daß möglichst alle Angehörigen der Gemeinde gleichzeitig industriell und landwirtschaftlich tätig sein müßten, so, daß dieselben Personen in bestimmten Zeiträumen abwechselnd landwirtschaftlich und industriell verwendet werden. Die Arbeitsverteilung würde durch irgendeine von der Gesamtheit der Gemeindeglieder eingesezte Körperschaft vorzunehmen sein. Man kann nach den Bedürfnissen die Arbeiter innerhalb der einzelnen Gemeinde hin- und herschieben, wie man will.“

Der Bauer tritt also seinen Besitz an die Gemeinde ab. Er ist Land- und Industriearbeiter zu gleicher Zeit. Über seine Verwendung entscheidet die Gemeindeversammlung. Das ist die

Vernichtung der wirtschaftlichen und persönlichen Freiheit.

Zu gleicher Weise wird der

Handwerker

(Bäcker, Schmieb, Stellmacher, Buchbinder usw.) sozialisiert. Über die

Lehrer

schreibt Ledebour: „Wenn die Volksschulen gegenwärtig so kümmerliche Resultate erzielen, so liegt das an dem dürftigen Lehrstoff und den teilweise selbst mangelhaft vorgebildeten Lehrern. In der Normalgemeinde würde es eine große Anzahl Lehrer geben. Sie werden aber nicht Tag für Tag unterrichten, so daß sie nicht als Schulbedanten verlohren können. Sie werden gleichzeitig auch landwirtschaftlich und industriell tätig sein. Wenn bisher für eine Schule 20 bis 30 Lehrer erforderlich waren, so werden wir künftig dafür 80 zur Verfügung haben, die nur einen Teil des Tages ihre Lehrtätigkeit ausüben und während der andern Tageszeit in der Industrie oder Landwirtschaft arbeiten. Oder der Lehrer wird etwa 4 bis 6 Stunden täglich unterrichten und in dieser Zeit gar nicht industriell oder landwirtschaftlich tätig sein, dafür sich in anderen Jahreszeiten, etwa zur Erntezeit, der landwirtschaftlichen Arbeit ausschließlich widmen.“

Wie verständnislos die Sozialdemokratie den

Landarbeitern

gegenüber steht, zeigt folgender Satz aus dem Erfurter Programm: Verbot des Grundsystems (der Bezahlung der Arbeiter in Waren statt in Geld). Wohnung, Hausbrand und Ackerland sollen danach nicht mehr in natura, sondern in Geld gewährt werden.

Warum wählen wir keinen Großgrundbesitzer und keinen von seinem Anhang?

1. Der Großgrundbesitz hat zu viel von der Anbaufläche im Kreise in Händen. Er kommt dem Bauer zuvor beim Ankauf und Pachten von ländlichen Wirtschaften. Er berechnet schneller, er stellt gleich das Geld zur Verfügung; kurz, er ist kaufmännisch gebildet. Das fehlt dem kleinen und mittleren Landwirt.
2. Bei seiner gründlichen Buchführung gelingt es ihm, den Gewinn so gering zu berechnen, daß zur Besteuerung nicht viel übrig bleibt. So kommt es vor, daß der Pächter eines ausgezeichneten Rittergutes weniger Steuern zahlt als sein Kutscher.
3. Die Wohlfahrtspflege für die ländlichen Arbeiter und Arbeiterinnen ist in bezug auf Wohnung und Entschädigung rückständig. Die Lasten haben besonders zur Landflucht getrieben. An die Stelle der heimischen Kräfte traten die russischen und polnischen Arbeiter und Arbeiterinnen, für die deutsche Verhältnisse immer noch mehr bedeuten als die heimischen.
4. Im Verhältnis zu dem Landbesitz hat der Großgrundbesitz zu wenig Vieh. Der kleine und mittlere Landwirt zieht mit persönlicher Mühe sein Vieh auf, dann ist es ihm weggeholt worden für ein geringes, und die Anschaffung eines andern Stückes kostet so viel Geld, daß er überhaupt nicht mehr an Auffüllung seines Bestandes denken kann. Der Großgrundbesitz hat selten Schlachtvieh, sondern nur Vieh zur Zucht. So ist es der Fall, daß große Besitzer selbst das Schwein für den eigenen Bedarf kaufen. Das richtige Verhältnis wäre das: Soviel Morgen Land, soviel Stück Vieh. Dasselbe Ergebnis zeigt sich auch bei der Feldbestellung: Bau von Saatkorn heißt da die Lösung. Gewiß sind die großen

Güter berechtigt, solche Kultur zu treiben. Die Gefahr der Einseitigkeit liegt nahe, das ist während des Krieges verspürt worden. Saatkornoffeln, Gerste, Weizen wurde gebaut; abgeliefert wurde nichts, nur zur Ausfaat wurde alles herausgegeben, und die Preise für Saatkorn haben den kleinen und mittleren Landwirt zur Auflehnung gebracht.

Warum wählen wir Anhänger der deutschen Demokratischen Partei?

1. Weil die Deutsche demokratische Partei jede Klassenherrschaft von links und von rechts verwirft und bekämpft.
2. Weil die Deutsche demokratische Partei für die vom Terror freie Entwicklung aller Bürger, Bauern und Arbeiter, also für wahrhafte Freiheit, für gesunden Fortschritt, für richtig verstandene Volksrechte eintritt. Die Deutsche demokratische Partei kennt nicht den Trennungstrieb zwischen Bürger, Bauer, Beamter und Arbeiter.
3. Weil die Deutsche demokratische Partei für eine Finanzpolitik eintritt, die sich in Sparsamkeit an die guten Überlieferungen hält und die steuerlichen Lasten in sozialer Gerechtigkeit verteilt.
4. Weil die Deutsche demokratische Partei für die wirtschaftliche Freiheit aller erwerbs- und handeltreibenden Teile der Bevölkerung eintritt und nur für solche Sozialisierung zu haben ist, die das sorgfältig erogene Interesse der Allgemeinheit bezieht.

Welches sind die Kandidaten der deutschen demokratischen Partei?

Stadt Merseburg:

1. Erster Bürgermeister **K. Hertzog.**
2. Kreisjugendpflegerin **Fräulein Kath. Barow.**
3. Kreissekretär **Robert Kürsten.**
4. Buchdruckerei-Besitzer **Fr. Köhner.**
5. Kaufmann **Willy Krause.**
6. Fabrikant **Paul Böttcher.**
7. Beckmeister **Otto Döbber.**
8. Landes-Büro-Assistent **Ferdinand Glück.**

Merseburg-Land:

1. Gutsbes. **Rudolf Burkhhardt, Cröllwitz.**
2. Landwirt **Alfred Schumann, Bothfeld.**
3. Malermeister **August Fricke, Passendorf.**
4. Lehrer **Albert Rixing, Zitzschen.**
5. Landwirt **Franz Schlegel, Meuschau.**
6. Sekretär **Oskar Haaring, Papitz b. Schkenditz.**
7. Mühlenbesitzer **Otto Traue, Holleben.**
8. Bäckermeister **W. Tihmann, Rößschau.**
9. Landwirt **Hermann Hesselbarth, Zöschchen.**
10. Käse-Fabrik **Karl Schaffernicht, Schottorey.**
11. Landwirt **Albin Poppe, Coja.**
12. Hauptlehrer **Louis Bachstein, Teuditz.**
13. Landwirt **Franz Fritzsche, Trebnitz.**
14. Eisenbahnassistent **Paul Stiebing, Porbitz.**
15. Fleischermeistr. **Frz. Bauermann, Keuschberg.**
16. Landwirt **Bernhard Göke, Dörstewitz.**
17. Lehrer **Ferdor Biebach, Schottorey.**
18. Kaufmann **Ch. Heller, Kolonie Kössen.**
19. Gutsbesitzer **Peuschel, Teuditz.**
20. Landwirt **Oswald Daundorf, Starziedel.**
21. Gemeindevorst. **Bernh. Kellermann, Blößen.**
22. Landwirt **Franz Schumann, Ragwitz.**

Druck von E. H. Köhner in Merseburg.

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährlich: Bei Abholung von den Ausgabestellen 1.00 M., monatlich 35 Pf.; durch die Postträger und die Post bezogen 1.20 M., durch den Postträger und Post 1.25 M., Einschlagnummer 2 Pf.
Verkauft wöchentlich 8 mal vormittags halb 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn- u. Feiertagen; in den Ausgabestellen am Tage vorher ebenfalls 8 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
4seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14-tägiger Modebeilage.
4seitige landwirtschaftliche u. handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Beilage oder deren Raum f. Stadt u. Kreis Merseburg 10 Pf., außerhalb 15 Pf. (einschl. Anzeigen 25 Pf.).
Reklamen von Seite 30 bis 31. Bei Wiederholungen Rabatt. Anzeigen werden von unterer Geschäftsstelle sowie sämtlichen Annahmestellen entgegengenommen.
Wachdruck unserer Originalberichte nur mit Quellenangabe gestattet.
Für unvollständige Entlohnungen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 44. Donnerstag den 21. Februar 1907. 33. Jahrg.

Die Eröffnung des Reichstags.

Der Kaiser hat am Dienstag vormittag im Weißen Saal des Kgl. Schlosses den Reichstag persönlich eröffnet, indem er folgende Thronrede verlas:

Geehrte Herren!
Im Namen meiner hohen Verbündeten heiße ich den neu-gewählten Reichstag willkommen.

Aufgehung zur Einseitigkeit über einen Zwiespalt zwischen den verbündeten Regierungen und der Mehrheit des vorigen Reichstags hat das Deutsche Volk befunden, daß es für und Gut der Nation ohne Kleinlichkeiten bereit ist, auch noch mehr zu leisten. In solcher, Bürger, Bauern und Arbeiter einigenden Kraft des Nationalgefühls haben des Vaterlandes Geschicke wohl gebohren. Wie ich alle verfassungsmäßigen Rechte und Befugnisse gewissenhaft zu achten gewillt bin, so hege ich zu dem neuen Reichstage das Vertrauen, daß er es als seine höchste Pflicht erkennt, unter den Kulturvölkern verständnisvoll und lauterheit zu betonen und zu befestigen.

Ihre erste Aufgabe wird die Erhebung des Reichshaushalts für 1907, des Kreditgesetzes für Südwestafrika und des Bahnbauens von Keemansdorp nach Kaput sein. Diese Vorlagen gehen Ihnen sofort in der früheren nur unvollständig veränderten Gestalt zu.

Die schwere Krise, die durch die Aufstände der Eingeborenen in Südwest- und Ostafrika über diese Schutzgebiete heringebrochen war, ist überwunden. In Ostafrika ist der Aufstand vollständig unterdrückt. In Südwestafrika sind die einheimischen Stämme bis auf wenige Ueberreste unterworfen worden, so daß eine erhebliche Beamntenzahl der dort lebenden Schutztruppe aber Voraussetzung noch möglich ist. Der Staat des Vaterlandes ist den Tugenden sicher, die in jahrelangen schweren Kämpfen mit einem verschlagenen und hartnäckigen Gegner den Ruhm der deutschen Waffen hochgehalten haben.

Die Entwicklung unserer Kolonien zu einem wertvollen Teil des nationalen Vermögens erfordert vor allem einen sorgfältig ausgearbeiteten Plan für den Ausbau der Verkehrswege. Um schließlich zu einer geordneten Selbstverwaltung zu gelangen, werden zunächst das Rechnungswesen zu vereinfachen und die Beamtenverhältnisse neu zu ordnen sein. Wie mit dem Beschlusse, ein Kolonialamt zu errichten, so wird der Reichstag auch mit den Beschlüssen für die schwer geschädigten Mitglieder in Südwestafrika von neuem befaßt werden.

Der gesunde Sinn in Stadt und Land hat im Wahlkampf einer Bewegung Halt gegeben, die sich, als bestehende Güte und Lebensweise vernichtet, gegen Staat und Gesellschaft in ihrer jetzigen heillosen Entwicklung wendet. Die großen grundlegenden Gesetze zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen, sind gegen den Widerstand der Fraktion gescheitert worden. Ich als die wahre Vertreterin der Arbeiterinteressen begehne, nicht aber nicht für sie und den Kulturfortschritt gelistet hat. Gleichwohl zählen ihre Wähler immer noch nach Millionen. Der deutsche Arbeiter darf darunter nicht leiden. Jene Gesetzgebung beruht auf dem Grundgedanken der sozialen Verpflichtung gegenüber den arbeitenden Klassen und ist daher unabhängig von der wechselnden Parteigebundenheit der Regierungen zu entschließen, das soziale Werk in dem ererbten Geiste der Weisheit des Großen fortzuführen.

Als König von Preußen habe ich am 21. Januar d. J. fundgegeben, daß ich bei Beleidigungen meiner Person von meinem Begnadigungsrecht größeren Gebrauch machen will. Es ist mein Wunsch, auch im Geleite den Verurteilten wegen Majestätsbeleidigung engere Grenzen gezogen zu sehen. Eine Vorlage für den Bundesrat wird vorbereitet.

Die allgemeine politische Lage berechtigt zu der Zuversicht, daß uns der Friede weiter erhalten bleiben wird. Zu unseren Verbündeten unterhält meine Regierung die alten herzlichen, zu den anderen freundschaftlichen guten und korrekten Beziehungen. Der am 11. Januar d. J. unterzeichnete Vertrag mit Dänemark, der durch Regelung der Besitzverhältnisse der Dänischen Inseln während der Abwesenheit ist, wird, wie ich hoffe, das freundschaftliche Verhältnis zu unserem nördlichen Nachbarlande kräftigen. Auf Grund der Ausräumung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Vorschläge der russischen Regierung habe ich die Einladung zu der zweiten Haager Friedenskonferenz angenommen, die berufen sein wird, im Anschluß an die Ergebnisse der ersten Haager Konferenz das Völkerrecht im Sinne des Friedens und der Humanität weiter auszubauen.

Und nun, meine Herren, möge das nationale Empfinden und der Wille zur Tat, aus dem dieser Reichstag hervorgegangen ist, auch über seinen Auftrag wachen — Deutschland zum Heil!

Die Thronrede, in welcher die Mitarbeiterschaft des Reichstanzlers Fürsten Bülow an einzelnen Redewendungen unverkennbar ist, läßt gerade die z. B. Brenndebatte innerpolitische Frage, die zukünftige Gestaltung des politischen Verhältnisses zwischen Regierung und Zentrum, unberührt. Die Voraussetzungen einiger Blätter, welche notorisch Be-

ziehungen zu gewissen Regierungskreisen unterhalten, daß nämlich in der Thronrede der Bruch zwischen Regierung und Zentrum offiziell vollzogen werden würde, ist also nicht eingetroffen. Wir haben uns an solchen Illusionen niemals beteiligt, schon aus dem einfachen Grunde, weil für jeden, der sehen wollte, klar zu Tage lag, daß sowohl die Regierung wie das Zentrum die Brücke, die zu einer Wiederannäherung führt, keineswegs für alle Zeiten hinter sich abgebrochen haben wollten. Immerhin ist es einigermaßen auffällig, daß in dem Passus, der dem Ausfall der Wahl gewidmet ist, die Niederlage der Sozialdemokratie einen ziemlich breiten Raum einnimmt, während über diejenige Partei, die mit ihren verschiedenen Anhängern den Hauptteil der Majorität von 13. Dezember v. J. bildete, mit Stillschweigen hinweggegangen wird. Ob das wohl auch der Fall gewesen wäre, wenn das Zentrum erheblich geschwächt aus dem Wahlkampf zurückgekommen wäre?

Sympathisch berührt das entschiedene Bekenntnis zur Fortführung der Sozialreform. Hoffentlich wird dieses Versprechen auch bald durch die Tat eingelöst. Die Vorlage zum Schutze der Heimarbeiter, die gesetzliche Regelung der Wohnungsverhältnisse, der sanitäre Minimalarbeitstag, um nur einige der dringendsten Aufgaben auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge zu erwähnen, sind längst spruchreif. Außerdem darf man wohl erwarten, daß das Gesetz über die Berufsvereine in einer den Anschauungen der Majorität des Reichstags mehr Rechnung tragender Form möglichst bald wieder eingebracht wird. Die Regierung sollte in wohlverstandener eigenen Interesse nicht säumen, dem Reichstage diese Vorlagen alledahl zugehen zu lassen. Nur dann wird es gelingen, den über die Sozialdemokratie bei der jetzigen Wahl errungenen Sieg auch auf die Dauer festzuhalten.

Die Versicherung, daß die verfassungsmäßigen Rechte und Befugnisse des Reichstags gewissenshaft geachtet werden sollen, ist ja ebenfalls ganz anerkannter, die Unantastbarkeit der Befugnisse des Reichstags als gleichberechtigten Faktor der Gesetzgebung sollte im übrigen aber doch wohl als selbstverständlich gelten.

Die Vermutung, daß die erste Session des neuen Reichstags nur von kurzer Dauer sein werde, scheint sich zu bestätigen, da außer den durch die Reichstagsaufscheidung unvermeidlich gebliebenen kolonialen Vorlesungen zu denen die Entscheidung eines

einige gutrennen Thronrede im ersten also die

Landes er dem treten zu wieder

unter- vorliegen

ist aber in der scheint über

stimmte in Nach- bereitigt

händen

og sich schloßes unter

stärker als sein hat. Dann während des Gottesdienstes in der Kapelle hatte sich ein kleiner Teil der Abge-

ordneten im Weißen Saal eingefunden, wo auch bereits die Schloßgardepompage in den alten Preussisch-Preussischen Uniformen unter dem Kommando des den Sponon führenden lieftantens Obersten v. Blüskow aufgestellt worden hatte. Auf sein Kommando präsentierte die Kompanie und er selbst mit dem Sponon, als nach Beendigung des Gottesdienstes der Kaiser unter Vorantritt der Hofkapelle, gefolgt von sämtlichen Prinzen, einer großen Anzahl von Generälen und Abgeordneten durch den Saal schritt, um in dem dahinter liegenden Räume zur Formierung des feierlichen Zuges Aufstellung zu nehmen. Die Abgeordneten blieben im Saal zurück und füllten ihn ganz dicht. Es erschien der Reichstanzler in der Uniform der Bonner Juristen und die preussischen Minister in großer Uniform. Auch sie blieben im Saal. In der Hofloge nahm die Kaiserin mit der Kronprinzessin und der Prinzessin Viktoria Luise Platz, in den anderen Logen sah man zahlreiche Diplomaten. Vom Gottesdienst in der Gebirgskirche kamen die katholischen Mitglieder des Reichstags. Der schwarze Frack überzog hier, aber man sah auch hier zahlreiche bunte Uniformen von Referentoffizieren. Auch die Kleider der Landstände und der Ritterorden waren vertreten. Von den Parteien fehlten nur die Sozialdemokraten und Polen. Die übrigen Parteien waren ziemlich gleichmäßig vertreten. Nach kurzer Zeit erschien im geordneten Zuge, geführt vom Grafen Pasadowitz und dem bayerischen Bundesratsbevollmächtigten Grafen v. Fürstentel der Bundesrat und stellte sich neben dem Fürsten Bülow und den preussischen Ministern auf.

Mit drohendem Schritt kam die Schloßgardepompage von neuem in den Saal herein und fasste gegenüber vom Thronstuhl an der Längsband des Saales Posten. Drei Hoffouriere in reichgekleideten Uniformen und zwei Herolde in mittelalterlicher Tracht eröffneten den Einzug des Kaisers. Die Hofkapellen folgten den Herolden. Der Kaiser schritt, den Garbes zu Corps-Helm in der Hand, allein. Dicht hinter ihm der Kronprinz, ebenfalls allein, in der Uniform der Preussischen Kürassiere, dann die übrigen Prinzen, Generäle, darunter Generaloberst Graf Häfeler, trugen die Reichsinfinen. Der Kaiser trat vor den Thron, auf Tabouretts wurden die Reichsinfinen niedergelegt. Der Kronprinz mit den übrigen Prinzen stellte sich auf die unteren Stufen des Thrones zu Seiten des Kaisers, das übrige Gefolge nahm rechts vom Throne Aufstellung. In dem Augenblick, als der Kaiser den Saal betrat, brachte der älteste anwesende Abgeordnete, der dem Zentrum angehörige Delant Lender, das Hoch auf den Kaiser aus. Der Reichstanzler überreichte dem Kaiser mit tiefer Verneigung in einer Mappe die Thronrede. Der Kaiser bedeckte das Haupt mit dem Helm und las die Thronrede mit lauter Stimme und klarer Betonung. Schon bei den ersten Sätzen, wo das Vertrauen ausgesprochen wird, daß der Reichstag die Nachvollziehung des Reiches unter den Kulturvölkern lauterheit wahren werde, hörte man schäckernde Bravo-Rufe, sie wurden stärker bei dem Passus, der den Dank des Vaterlandes an die

Afrikafrüher enthielt und steigerten sich weiter bei der Stelle gegen die Sozialdemokratie und über die Fortführung der Sozialreform. Hier mischten sich in das Bravo auch einige in diesem Raum wohl nicht gehörte Rufe: „Sehr richtig! Auch die Stelle der Thronrede, wonach der Bestrafung wegen Majestätsbeleidigung engere Grenzen gezogen werden soll, wurde beifällig aufgenommen, und auch die Worte, die der Erhaltung des Friedens und den guten Beziehungen mit den anderen Völkern gewidmet waren, lösten starken Beifall aus. Fürst Bülow nahm die Thronrede aus den Händen des Kaisers zurück und rief: „Auf Befehl S. M. des Kaisers, und im Namen der verbündeten Regierungen erkläre ich die Session des Reichstags für eröffnet.“ Graf Lenderfeld brachte nun das Kaiserhoch aus, und unter demselben Jeronimell in der gleichen Ordnung des Zuges, wie er gekommen, verließ der Kaiser den Saal.

